

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Kultur, Sonntags-Beilage, "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Zeitungs-Veranstaltung für 1892 unter Nr. 6552.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspeyerische Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassung-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Gernsperg-Verlag  
Juli 1. Nr. 4190.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 15. September 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Sozialstatistik mit Drohungen.

Eine Verfassung auf die Organisation der sozialen Statistik im Deutschen Reich, wie sie schöner nicht gedacht werden kann, hat die liebe „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kürzlich mit einer offenbar offiziellen Notiz geliefert. Da hieß es: „Das Reichs-Versicherungsamt hat wiederholt den Versuch gemacht, bessere Grundlagen für die Verwertung des ziffernmäßigen Materials zu gewinnen, indem es an die Genossenschafts-Vorstände die Aufforderung richtete, neben den durchschnittlich versicherten Personen auch die Zahl ihrer Vollarbeiter anzugeben; leider aber ist, nach der „Berufsgenossenschaft“ zufolge, die Durchführung dieses Gedanken an dem Widerstande einer Reihe von Genossenschaften gescheitert, die jede über den Rahmen des gesetzlich Notwendigen hinausgehende Arbeit als eine überflüssige Belastung betrachten. Auf diese Weise liegt das reiche Material, das den Berufsgenossenschaften ohne erhebliche Mühe zu Gebote stünde und als unerschöpfbares Mittel für die Förderung der gemeinsamen berufsgenossenschaftlichen Aufgaben dienen könnte, als eine tote Masse in den Akten vergraben. Leider droht durch diesen passiven Widerstand eines Theiles der Selbstverwaltungsorgane das Prinzip der Selbstverwaltung selbst gefährdet zu werden, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sowohl die Regierung, wie die übrigen gesetzgebenden Faktoren ein dringendes Interesse daran haben, daß die Wirkungen der sozialpolitischen Gesetze und ihrer Organisationen in klar erkennbarer Form zum Ausdruck gebracht werden, weil es nur so möglich ist, etwaige Fehler festzustellen und zu verbessern. Sollten deshalb die Berufsgenossenschaften nicht aus eigener Entschliesung das Erforderliche in dieser Richtung veranlassen, so liegt die Gefahr nahe, daß auf Grund des § 139b der Gewerbeordnung die Behörden bald mit einer Reihe von statistischen Anforderungen an die Industrie herantreten werden, die weit über das Maß der vom Reichs-Versicherungsamte geäußerten Wünsche hinausgehen.“

Um was dreht es sich bei dieser Mordgeschichte? Die Herren Großunternehmer in den berechtigten Berufsgenossenschaften für Unfallversicherung sollen nicht etwa irgend etwas an den Staat oder ihre Arbeiter leisten, was ihnen Opfer aus dem festen Geldschrank kostete. Sie sollen nur ein paar lumpige Zahlenangaben mehr als sonst liefern, nicht bloß die Angabe der „durchschnittlich“ von ihnen beschäftigten Arbeiter, sondern auch die tatsächlichen Arbeiterzahl, die zu einem bestimmten Zeitpunkt bei ihnen thätig ist. Die letztere Feststellung wäre in der That weit mehr werth, als die erstere, zumal wenn man sie zwei Mal im Jahre vornähme, einmal in der Hochsaison, das zweite Mal in Zeiten stillen Geschäftsganges. Der Unterschied zwischen dem Ergebnisse dieser beiden Ermittlungen würde u. A. auch ganz werthvolle Anhaltspunkte für die Statistik der Arbeitslosen liefern. In jedem

großgewerblichen Werk wird ja genau Buch über jeden Arbeiter geführt, und es ist für den Unternehmer eine Kleinigkeit, mitzutheilen, wie viel Leute (erwachsene, jugendliche, kindliche, männliche, weibliche) er beispielsweise am 1. Oktober und am 1. April beschäftigt. Aber den Herren Großunternehmern in den Berufsgenossenschaften, deren Aufopferung für die „soziale Selbstverwaltung“ immer so laut auch von amtlichen Blättern gepriesen wird, sind viel zu selbstjüchtig und mißtrauisch, als daß sie einen Finger mehr rühren, als unbedingt notwendig ist. Wer weiß auch, welche sozialpolitischen Schlüsse aus der richtigen Statistik gezogen werden können! Und ein richtiger Unternehmer muß immer vor Anschlügen auf der Hut sein, die sich etwa gegen das Unternehmertum richten könnten. Er darf doch dazu nicht selbst die Waffen liefern! Das Reichs-Versicherungsamt aber mit aller seiner Herrlichkeit steht diesem Klassen-troß der großen Herren machtlos gegenüber; es macht in der offiziellen Notiz den Eindruck des Greises, der sich nicht zu helfen weiß. Es droht fürchterlich — womit, das werden wir gleich noch sehen; und die ganze, vielgerühmte Pracht der „sozialen Selbstverwaltung“ in den industriellen Berufsgenossenschaften, von denen man sich einst Himmel und Hölle für die christliche Sozialreform versprochen, sie versagt, wo es sich um weiter nichts dreht, als um Lieferung einiger Betriebsangaben mehr!

Nun droht aber das Reichs-Versicherungsamt oder vielmehr die höchste Spitze der verantwortlichen Reichsregierung, die ganze Reichszentralgewalt, Reichskanzler und Bundesrath, mit einer furchtbaren „Gefahr“. Sollen etwa Militär oder Gerichtsvollzieher aufgeboden werden, um mit „Gefahr“ für Leben und Kredit der Herren Großindustriellen eine „statistische Exekution“ zu erzwingen? Nein, man höre und staune: die „Gefahr“, die fürchterliche, besteht darin, daß die Reichsbehörden auf Grund eines neuen Paragraphen in der revidirten Reichs-Gewerbeordnung durch die Fabrikinspektoren oder Polizeibehörden „statistische Mittheilungen über die Verhältnisse ihrer Arbeiter“ von den „Arbeitgebern“ verlangen können, und wahrhaftig um den schreckhaften Eindruck dieser Eventualität auf die Höchste zu steigern, wird von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung hinzugefügt, daß diese „statistischen Anforderungen“ weit über das Maß der vom Reichsversicherungsamte geäußerten Wünsche hinausgehen“ würden. Entschlich! Als ob mehr statistisch erfragt werden könnte, als vorhanden ist, und als ob die Arbeiter mit ihren statistischen Aufnahmen nicht schon hundert Mal in die kapitalistischen Heiligthümer eingebredungen wären, deren zahllose Aufnahme jetzt von einem Offiziosus als drohende „Gefahr“ für die Industrie, als Popanz für widerspenstige Ehrenämter in den fauolen Berufsgenossenschaften hingestellt werden muß. Diese Verwendung hätte sich der neue § 139b der Gewerbeordnung bei seiner Einreichung in das Gesetz wohl nicht träumen lassen.

Eine Sozialstatistik mit Drohungen ist und bleibt eine

berechtigte Eigenthümlichkeit der preussisch-deutschen „Sozialreform“. Wie die Statistik, so die Reform; wie der Herr, so das Geschirr!

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 14. September.

Holzmann. Der Fall Holzmann hat berechtigtes Aufsehen erregt, so großes Aufsehen, daß ein Theil der bürgerlichen Presse den Vorfalle für „unglaublich“ hält. Wir haben zu erklären, daß unsere Darstellung von Anfang bis zu Ende den Thatbestand aktenmäßig darlegt. Die allgemeine Verwunderung über diese Affäre aber wird noch wachsen, wenn man erfährt, daß Holzmann sich noch immer in Haft befindet.

Holzmann ist heute noch inhaftirt, trotzdem der Reichskanzler, Graf von Caprivi, bereits am 11. September Abends, auf eine an ihn am Nachmittag desselben Tages ergangene Vorstellung in einer amtlichen Zuschrift ausdrücklich festgestellt hat, daß eine Auslieferung seitens Russlands nicht beantragt worden ist, daß Holzmann auf Grund der allgemeinen Landespolizeigesetze vom Magdeburger Regierungspräsidenten aus Preußen ausgewiesen ist, und daß die kaiserlich russische Regierung sich bereit erklärt hat, ihn als russischen Unterthan nach Russland zu übernehmen.

Unzweifelhaft trägt die vom Reichskanzler abgegebene Erklärung, die auf amtlichen Recherchen beruht, einen offiziellen Charakter.

Weshalb also befindet sich ein auf Grund der allgemeinen Landespolizeigesetze aus Preußen ausgewiesener Ausländer auch heute noch hinter Schloß und Riegel?

Weshalb wird Holzmann nicht so behandelt, wie dies sonst der Brauch ist bei Ausgewiesenen?

Weshalb wird Holzmann nicht kurzerhand aus Preußen verwiesen, indem man ihm die Wahl der Grenze überläßt?

Sonst ist es gang und gäbe, daß sogar den Ausländern, die in Preußen wegen gemeiner Vergehen und Verbrechen des Landes verwiesen werden, nicht nur gestattet wird, die Grenze zu überschreiten da, wo es ihnen beliebt, sondern auch zur Ordnung ihrer Angelegenheiten Tage und Wochen lang noch sich in Preußen aufzuhalten, worauf sie unbeanstandet ihren Wohnsitz in einem andern deutschen Bundesstaat nehmen.

Warum wird hier eine Ausnahme gemacht! Hier wo es sich nicht um einen Verbrecher handelt, sondern um einen jungen Mann, der, wir wissen nicht aus welchen Gründen, den Magdeburger Behörden „lästig“ erscheint.

Der Reichskanzler erlebte zwar in wenigen Stunden die an

### Revue.

Redruck verboten.)

122

### Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

Als wir ins Hotel und in unser Schlafzimmer zurückgekehrt waren, warf ich mich Friedrich um den Hals.

Mein Einziger! Friedrich! Friedrich!!

Er drückte mich sanft an sich:

Was hast Du, Martha? Du weinst . . . heute in der Neujahrsnacht? Warum denn das junge 1864 mit Thränen einweihen, mein Liebling? Bist Du denn nicht glücklich? Habe ich Dich irgendwie gekränkt?

Du? O nein, nein, — nur zu glücklich machst Du mich, viel zu glücklich — und deshalb ist mir bang.

Abergläubisch, meine Martha? Stellst Du Dir auch neidische Götter vor, welche zu schönes Menschenglück zerschlagen?

Nicht die Götter — die unsinnigen Menschen selber beschwören das Unglück auf sich herab.

Du spielst auf den möglichen Krieg an? Es ist ja noch nichts entschieden, wozu denn der vorzeitige Kummer?

Wer weiß, ob es zum Kampfe kommt, wer weiß, ob ich mitgehen muß? . . . Komm her, mein Liebling, legen wir uns — er zog mich neben sich auf das Sopha —

— verschwinde Deine Thränen nicht an eine bloße Möglichkeit.

„Schon die Möglichkeit ist mir schmerzlich. Wäre es Gewißheit, Friedrich, ich würde nicht sanft und still an Deiner Schulter weinen — ich müßte laut aufschreien und aufjammern . . . Aber die Möglichkeit, die Wahrscheinlichkeit, daß in dem andbrechenden Jahre Du mir mittelst Armeebefehl aus den Armen gerissen würdest — die genügt schon, mich in Bangen und Trauer zu versetzen.“

„Bedenke, Martha, Du gehst ja auch selber einer Gefahr entgegen — wie mir dies Dein Weihnachtsgeschenk so lieb verfallen hat — und doch denken wir Beide nicht an die graue Möglichkeit, welche jeder Frau im Wochenbette beinahe ebenso häufig droht, wie jedem Manne auf dem Schlachtfelde . . . . . Trennen wir uns des Lebens und denken wir nicht an den über unser aller Häupter schwebenden Tod.“

„Du sprichst ja wie Tante Marie, Liebster — als ob unser Loos nur von der „Bestimmung“ abhänge und nicht von den Unvorsichtigkeiten, Grausamkeiten, Wildheiten und Dummheiten unserer eigenen Mitmenschen. Wo liegt die unabwendbare Nothwendigkeit dieses Krieges mit Dänemark?“

„Noch ist derselbe nicht ausgebrochen, noch —“

„Ich weiß, ich weiß: — noch können Zufälligkeiten das Uebel verhüten. Aber nicht der Zufall, nicht politische Ränke und Launen sollten über eine solche Schicksalsfrage entscheiden, sondern der feste, aufrichtige Wille des Menschen.“

„Doch was nützt mein „es sollte nicht“ und „es sollte“ — ich kann die Ordnung der Dinge nicht ändern, nur darüber klagen. Aber darin hilf mir, Friedrich — versuche nicht mit den landläufigen leeren Ausflüchten mich zu trösten! Du glaubst selber nicht daran — Du selbst erbebst vor edlem Widerwillen . . . Nur darin finde ich Genugthuung, wenn Du

mit mir verdammt und beklagt, was mich und unzählige Andere so unglücklich machen soll.“

„Ja, mein Herz, wenn es hereinbricht, das Verhängnis, dann will ich Dir Recht geben; dann will ich Dir den Schauder und den Haß nicht verhehlen, den mir der anbesohlene Völkermord einflößt . . . Aber heute laß uns noch des Lebens froh sein . . . Wir haben einander ja — nichts trennt uns . . . nicht die geringste Schranke zwischen unsren Seelen! Laß uns dieses Glück genießen — so lange es unser ist — mit Inbrunst genießen . . . Denken wir nicht an die angebrochene Forderung desselben . . . Ewig kann ja keine Freude dauern. In hundert Jahren ist's doch einerlei, ob wir lang oder ob wir kurz gelebt. Auf die Zahl der schönen Tage kommt es schließlich nicht an, sondern auf den Grad ihrer Schönheit. Die Zukunft bringe was sie wolle, mein vielgeliebtes Weib — unsere Gegenwart ist so schön, so schön, daß ich jetzt nichts fühlen mag, als seliges Entzücken.“

Während er so sprach, schlang er seinen Arm um mich und küßte mein an seiner Brust ruhendes Haupt. Da schwand auch mir die drohende Zukunft aus dem Bewußtsein und auch ich versenkte mich in den süßen Frieden des Augenblickes.

Am 10. Januar kehrten wir nach Olmitz zurück.

Niemand zweifelte mehr an dem Ausbruch des Krieges. In Wien hatte ich noch vereinzelte Stimmen vernommen, welche meinten, daß die dänisch-holsteinische Frage vielleicht doch noch auf diplomatischem Wege beigelegt werden könne; aber in den militärischen Kreisen unserer Festungsbesatzung galt die Friedensmöglichkeit für ausgeschlossen. Unter den Offizieren und ihren Frauen herrschte eine auf-

ihn gerichtete Anfrage, die preussischen Behörden aber, das heißt das Ministerium des Innern und die Magdeburger Regierung, sind sich bis heute nicht klar darüber geworden, was ein Mann, der auf Gründe hin, wie sie der Reichskanzler angeht, ausgewiesen wurde, nicht länger im Polizeigewahrsam gehalten werden darf.

Oder sollte man, nachdem man sich in solch auffallender Art beeilt hat bei der russischen Regierung zu erfahren, ob sie bereit sei, den p. Holzmann „zu übernehmen“, nun gar noch versuchen, von der russischen Regierung Direktiven in Sachen Holzmann zu erhalten?

Dieses Verfahren ist unwürdig eines gestifteten Gemeinwesens.

Wir verlangen mit aller Entschiedenheit die sofortige Freilassung Holzmann's!

**Almosen oder Staatshilfe.** Die bürgerliche Wohlthätigkeit macht mobil für Hamburg. Wir beabsichtigen nicht, irgend Einem sein Recht zu verschänken, nämlich die Hamburger Nothleidenden zu unterstützen. Aber der Nothstand, in den die große Masse der Bevölkerung gestürzt ist, kann und soll nicht durch das Palliativ privater Spenden beseitigt werden. Mögen die Bourgeois-Philantropen auch ihre breiten Bettelstullen diesmal mit noch mehr Sentimentalität als üblich schmälzen! Fest steht: Die öffentliche Nothlage ist zum sehr großen Theil verursacht durch die schmachvolle Lotteriewirtschaft des Hamburger Geschlechter-Regiments, dessen Mitglieder aus ihrem Reichthum ganz gut allein schon den Nothstandskredit beschaffen könnten, ohne aufzuhören, den Fürsten Bismarck als Mit-Millionär zu begrüssen, den Bismarck, der nach einer Drohmeldung in geradezu unglaublicher Weise zum Verschwenker geworden ist (er soll ganze 1000 M. nach Hamburg geschickt haben!!!). Fest steht ferner: Sie entspringt als soziale Erscheinung aus den herrschenden wirthschaftlichen Zuständen. Eingzugreifen hat deshalb die öffentliche Gewalt, das Gemeinwesen. Wir haben von Anfang gefordert, daß der Hamburger Senat die Pflicht hat, einen ausreichenden Nothstandskredit zu beschaffen, und unsere Hamburger Freunde haben energisch den sozialpolitisch allein möglichen Standpunkt eingenommen, den staatl. Eingriff zu heischen. Das Hamburgische Gemeinwesen ist so reich, daß es gar wohl im Stande ist, thatkräftig zu interveniren und die Mittel, deren es bedarf, aufzubringen, sei es auch auf dem Wege einer Anleihe. Wird die private Wohlthätigkeit in Aktion treten, so mag wenigstens dafür gesorgt werden, daß die Hilfe den wirklich Bedürftigen zu Theil werde, der Hamburger Senat möge sich an die richtige Schmelde wenden, an unsere Genossen, die das Volk in seinem Elend kennen, und es möge von vorn herein verbürgt werden, daß die dargereichte Gabe nicht, ein böses Danaergeschenk, den Charakter der Armenunterstützung trage. Wir halten daran fest: Keine Almosen, sondern Staatshilfe!

**Das Breslauer Volksgericht über Herrn Schmidt.** Die bereits gestern von uns auszüglich mitgetheilte Resolution der am 12. September in Breslau stattgehabten Volksversammlung lautet:

„In Erwägung, daß der Breslauer Landgericht-Direktor Theodor Schmidt am 6. September d. J. in öffentlicher Strafkammer-Sitzung die Behauptung aufstellte, die sozialdemokratische Parteileitung habe ihren Anhängern zuzuschreiben, die Meinungen empfinden, — in fernerer Erwägung, daß diese Behauptung eine ebenso unvollständige als schwerverleumdende Beleidigung der größten politischen Partei Deutschlands ist, — in schließlicher Erwägung, daß Landgerichtsdirektor Schmidt durch seine Handlungsweise unzweifelhaft den Thatbestand des § 336 des Reichs-Strafgesetzbuchs erfüllt hat, spricht die am 12. September 1892 im Saale des „Weissen Hirsches“ tagende sozialdemokratische Parteiversammlung ihre tiefste Entrüstung über die Verleumdung des genannten Beamten aus und fordert von dem preussischen Justizministerium die sofortige Entlassung des Breslauer Landgerichtsdirektors Schmidt aus dem Staatsdienst und seine Stellung unter Anklage wegen grolllicher Verletzung des § 336 des Deutschen Reichs-Strafgesetzbuchs. Das Bureau wird beauftragt, diese Willensmeinung der Versammlung in geeigneter Weise zur Kenntniß des preussischen Justizministeriums zu bringen.“

geretzte, aber zumeist freudig aufgeregte Stimmung: Gelegenheit zu Auszeichnung und Avancement in Eicht — zur Befriedigung des Thatendurstes des Einen, des Ehrgeizes des Zweiten, des Gage-Erhöhungsbedürfnisses des Dritten.

„Das ist ein famozer Krieg, der sich da vorbereitet,“ sagte der Oberst, bei dem wir nebst mehreren anderen Offizieren sammt Gemahlinnen zu Tische geladen waren, ein famozer Krieg, der auch ungeheuer populär sein wird. Keine Gefahr für unser Territorium — auch der Landbevölkerung erwächst kein Schaden, denn der Kriegsschauplatz liegt auf fremdem Gebiet. Unter solchen Umständen ist es wirklich eine doppelte Lust, sich zu schlagen.“

„Was mich davon begeistert,“ sagte ein junger Oberleutnant, ist das edle Motiv: unterdrückte Rechte unserer Brüder vertheidigen. Daß die Preußen mit uns gehen, oder vielmehr wir mit ihnen, das sichert erstens den Sieg und zweitens wird es die nationalen Bande noch enger verknüpfen. Die Nationalitätsidee —“

„Neben Sie lieber nichts von der,“ unterbrach der Regimentschef etwas strenge. „Für einen Oesterreicher schickt sich dieser Schwundel nicht wohl. Der war's, der uns den Ober Krieg heraufbeschwoeren hat, denn auf diesem Steckspieß herumgeritten. Und überhaupt paßt dieses ganze Prinzip nicht für Oesterreich; Böhmen, Ungarn, Deutsche, Kroaten — wo ist da das Nationalitätsband? Wir kennen nur ein Prinzip, das uns vereint, das ist die lokale Liebe zu unserer Dynastie. Was uns also begeistern soll, wenn wir zu Felde ziehen, ist nicht der Umstand, daß wir für Deutsche und mit Deutschen kämpfen, sondern daß wir unserem erhabenen und geliebten Kriegsherrn Heeresfolge leisten dürfen. Es lebe der Kaiser!“

Alle erhoben sich und thaten stehend Bescheid. Ein Funken Begeisterung fiel auch mir ins Herz und erfüllte es — einen Augenblick aufflammend — mit wohlthuender Wärme. Eine und dieselbe Sache, eine und dieselbe Person lieben, wenn man Tausend ist, das giebt eine eigenthüm-

Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 430 vom 14. d. M.) bringt an hervorragender Stelle einen ausführlichen und wie es scheint ziemlich objektiven Bericht über die Versammlung. —

**Erhebungen über die Arbeitszeit.** Offiziös schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Die in diesen Tagen mehrfach in den Blättern erwähnten Erhebungen über die Arbeitszeit im Bäckerei- und Konditorei-, sowie im Handelsgewerbe werden nicht nur für Preußen, sondern für das ganze Reich veranstaltet.“ —

**Zur Kritik der preussischen Militärgerichtsbarkeit.** Aus Düsseldorf meldet man: Der Landwehrmann Seidenweber Wagner aus Fischeln, der zu einer Uebung eingezogen war, hatte seinem Hauptmann den Tornister vor die Füße geworfen. Das Kriegsgericht verurtheilte ihn am 9. d. M. zu drei Jahren vier Monaten Festungstrafe. Eine ähnliche Strafe erhielt ein hiesiger Wehrmann. Beide sind verheirathet und haben fünf bzw. sechs Kinder.“ Diese fürchterliche Strafe, verhängt wegen Disziplinarvergehen, über deren Verursachung wir dank dem geheimen Verfahren nichts hören, ist ein erschütternder Beleg für die Nothwendigkeit einer Reform der Militärgerichtsbarkeit. Das bürgerliche Straf-Gesetzbuch, sicher nicht milde in der Festsetzung von Bußen, bedroht den Todschlag im Affekt mit Gefängnisstrafe von sechs Monaten an, ja giebt fast keine Deliktsgattung, die nicht mit einer milderen Strafe belegt werden könnte, so Meineid, wissentlich falsche Versicherung an Eidesstatt und Verleitung hierzu, falsche Anschuldigung, Ehebruch, Blutschande, unzüchtige Handlungen gegen Pflichtbefohlene, Vergewaltigung zur Unzucht, Kuppelei, Verführung unbescholtener Mädchen zum Weichsel, Abtreibung der Leibesfrucht, Ansehung von Kindern durch Eltern in hilfloser Lage, schwere Körperverletzung und Körperverletzung mittelst einer Waffe oder eines hinterlistigen Ueberfalls, Entführung, Diebstahl und Unterschlagung, Raub und Erpressung, Hehlerlei, Betrug und Untreue, Urkundenfälschung, betrügerische Banquerotte, Wucher, Sachbeschädigung, Brandstiftung. Weßhalb der Landwehrmann, also kein unerfahrener junger Mensch, sondern ein gereifter Mann, ein Familienvater, sich zu diesem Vergehen wohl hat hinreißen lassen? Wenn die Kaserne die Ferienkolonie wäre, als welche die Vogel von Falckenstein sie gerne erscheinen lassen, so wäre eine Antwort nicht leicht zu finden. Wer aber die Geschichte des Kriegs im Frieden, der Soldatennunehmungen und Soldatenbrunnenjahren genauer verfolgt, wer mit den schweren Strafen, welche die Insubordination der Soldaten treffen, die oft nur zu gelinden Strafen vergleicht, die der Soldatenschinder erleidet, der tappt nicht im Dunkeln. Buchtisch für Landwehrcasernen, die an den Kaiser (Wilhelm I.) telegraphirt haben, drei Jahre vier Monate Festung für einen hingerufenen Tornister . . . Wir brachten bereits gestern nachstehende Mittheilung: „Der Kaiser hat drei ehemaligen Reservisten und Landwehrcasernen, welche wegen bei einer Kontrollerversammlung verübten Aufruhrs mit 6 bzw. 8 1/2 Jahren Buchtisch bestraft worden waren und diese Strafe seit dem 23. Oktober 1888 in der Strafanstalt zu Neme verbüßten, den Rest der Strafe im Gnadenwege erlassen.“ Aber die Existenzen sind doch gebrochen. Die Familien stehen im Elend und darben, jedoch die „Disziplin“ ist gerettet. Dafür wird die Schneidigkeit eines Kriegsmannes, der fliehende Arbeiter, schuldig oder nicht, über den Haufen schießt, instruktionsgemäß natürlich, gebührend anerkannt. Mag dieser Seidenweber politisch sein was er mag, es wird ihm so gehen wie Freih Heuter in der „Festungstid“: Wenn er herauskommt, ist er sicher Demokrat, Sozialdemokrat. —

**Hannover.** Folgender Cholerasucht. In den Tagen der ärgsten Cholerasucht, am 7. d. Mts., erließ unsere Polizeidirektion eine Bekanntmachung, wonach in zwei Häusern, bei zwei verschiedenen Geschäftsteilen, einem Bäcker und einem Gastwirth, Personen aus Hamburg zugezogen sein sollten. Eine solche Bekanntmachung in solcher Zeit ist ein vollendetes Novotat — viel gründlicher als alle Vogelflotts, die jemals von unserer Partei erklärt worden sind. Seit Donnerstag — dem Tage nach Erscheinen der amtlichen Bekanntmachung — hat der Bäcker kein Stück Brot mehr verkaufen können, der Gastwirth keinen Gast gesehen. Und man denke, die in der Bekanntmachung

liche, vertausendfachte Hingebungs-lust . . . Das ist's, was als Localität, als Patriotismus, als Körpergeist die Herzen schwellt. Es ist nichts anderes als Liebe, und die wirkt so mächtig, daß einem das in ihrem Namen gebotene Werk des Hasses — das allerstehlichste Werk des tödtlichsten Hasses, der Krieg — als erfüllte Liebespflicht erscheint.

Aber nur einen Augenblick hatte es in meinem Herzen so erglöh, denn eine stärkere Liebe als die zu allen erdlichen Vaterländern und Landesvätern ruhte in dessen Grunde — die Liebe zu meinem Mann. Sein Leben war mir doch das höchste aller Güter, und wenn dieses aufs Spiel gesetzt werden sollte, konnte ich die Partie — gelte es nun Schleswig-Holstein oder Japan — nur verwünschen.

Die jetzt folgende Zeit lebte ich in unerhörtem Wanken. Am 16. Januar stellten die Bundesmächte an Dänemark das Ansuchen, ein gewisses Gesetz, gegen welches die holländische Ständeversammlung und Ritterschaft den Schutz des Bundes anrief, aufzuheben, und zwar innerhalb vierundzwanzig Stunden. Dänemark verweigerte dies. Wer wird auch so sich befehlen lassen? Diese Weigerung war natürlich vorausgesehen worden, denn schon standen preussische und österreichische Truppen an den Grenzen posirt, und am 1. Februar überschritten sie die Eider.

So waren denn die blutigen Würfel wieder gefallen — die Partie begann. Dies veranlaßte meinen Vater einen Gratulationsbrief an uns zu richten.

„Freut Euch, Kinder“, schrieb er. „Jetzt haben wir doch Gelegenheit, die erhaltenen Schläge von 69 wieder gut zu machen, indem wir den Dänen Schläge geben. Wenn wir von Norden siegreich heimkehren, so können wir uns auch wieder nach Süden wenden: die Preußen bleiben unsere Allirten, und dann können uns die schädigen Italiener sammt ihrem intrigantem Louis Napoleon nicht mehr aufkommen.“

Friedrich's Regiment, zur großen Enttäuschung des Obersten und des Offizierkorps, war nicht zur Greize ent-

behauppteten Thatsachen waren unrichtig! Die Betroffenen verlangten sofortigen Widerruf; derselbe wurde Seitens der Behörden verweigert, obgleich sie, gegenüber den Thatsachen, die Richtigkeit der Behauptung nicht mehr aufrecht erhalten konnten.

Am 9. d. M. entschloß sich endlich ein hiesiges Blatt — das „Hannoversche Tageblatt“ — den Fall zur Sprache zu bringen. Es schrieb anknüpfend an eine Korrespondenz aus Hamburg:

„Daß die Hamburger Behörden jetzt jedenfalls ihren Kopf — wie der Volksausdruck in solchem Falle lautet — voll haben werden, läßt sich gewiß nicht bestreiten; es funktionieren dort eben verschiedene Instanzen, die ansehnend alle seit Menschen-gedenken geheiligte Wege wandeln. Daß es aber ungerecht ist, in dem Momente Hamburg Vorwürfe zu machen, wo hiesigen ländliche Polizeibehörden nicht in der Lage sind, zwei Cholera-verdächtige Häuser richtig zu bezeichnen — wir meinen selbstverständlich Hannover — na, das setzt eben Allen die Krone auf und da soll man wohlweislich nicht nach Hamburg mit Steinen werfen.“

Der von uns im Auge gehabte Fall verhält sich kurz erzählt und ohne alles weitere Detail folgendermaßen: In der Donnerstags-Nummer des „Hannoverschen Tageblatts“ erschien die polizeiliche Bekanntmachung, daß 1. Radmacherstr. 9 beim Gastwirth Barneck, 2. Neust. 25 beim Bäcker Weiser Choleraverdächtige Personen zugezogen seien. Beide amtliche Bekanntmachungen beruhen auf Unwahrheit. 1. der zc. Barneck hat den ihm um Logis ersuchenden Hamburger bedeutet, daß er zunächst sich ein hiesiges Gesundheitsattest zu beschaffen habe, bevor er Aufnahme finden könne. Der Mann hat sich dann aus Mache ob der verweigerten Aufnahme als bei Barneck logierend ausgegeben und dem Einspruch erhebenden Bürger und Geschäftsmanne ist auf dem Polizei-Kommissariate mit der Androhung von Arrestung zc. der Mund vorläufig gestopft; 2. haben nicht bei dem Bäcker Weiser, Langestraße 26, sondern bei dem Maurer Weiser, Neust. 25, Personen aus Cholera-verdächtigen Orten Aufnahme gefunden. — Es hätte sich, so meint der Latenverstand, nun wohl gehört, die geschädigten Geschäftsleute ebenfalls durch amtliche Bekanntmachung zu rehabilitiren, aber der Latenverstand denkt ja auch meistens ganz anders als die schlaue Polizei. Der Bürger, der sein Recht sucht, dies ist wenigstens auf dem Kommissariate in der Lange-straße geschehen, wird gründlich angeknaggt, mit Einsperr-laffen bedroht und diese freilich durchaus irrige Vorstellung von der Allgewalt des Polizeiknüppels dient dann auch meistens dazu, die Leute von der Verfolgung ihres guten Rechtes fern Abstand nehmen zu lassen. Möchte sich doch Jeder mann, dessen Geschäftsbetrieb auf solch unverantwortliche Weise ruiniert wird, erinnern, daß wir in einem Rechtsstaats leben, in welchem auch die Polizei nur als dienendes Glied der Gesamtheit ihren Platz hat und auch schließlich ihre vorgesetzte Instanz resp. ihren Richter findet.

Diese Notiz hatte zur Wirkung, daß die Polizeidirektion eine Berichtigung veröffentlichte, die am 11. d. M. im „Hannoverschen Tageblatt“ erschien, von dem Organ des Herrn Bennigsen, dem „Hannoverschen Courier“, aber bis auf den heutigen Tag nicht veröffentlicht worden ist. Natürlich ist das Vertrauen des Publikums nicht sofort zurückgekehrt, die beiden betreffenden Geschäftsleute sind noch in Verruß und es wird einige Zeit dauern, ehe die Rundschaft zu ihnen zurückgekehrt ist.

Wer aber entschädigt diese Opfer eines unerklärlichen Polizei-Irrthums? Charakteristisch ist, daß — außer dem „Hannoverschen Tageblatt“ — kein bürgerliches Blatt für die geschädigten Geschäftsleute eingutreten den Muth hat. —

**Aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenlande.** Der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 257 vom 18. September) meldet ihr Bochumer Berichterstatter: „Die Wahl eines Aeltesten (im Knappschaftsverein) in Dortmund ist wegen un-gedehriger Beeinflussungen für ungiltig erklärt und die Nachwahl auf den 17. d. M. angesetzt worden. Da es sich um einen Bezirk handelt, in dem ein nicht sozialistischer, von den Grubenvorständen sehr geschätzter, langjähriger Aeltester gegen einen Sozialdemokraten unterlegen ist, so fassen die Letzteren die Ungiltigkeitserklärung als eine gewaltthätige Korrektur des Wahlergebnisses auf und rüsten sich zu einem erbitterten Widerstand.“ Der rührende Eifer der Zechenbarone, „ungehörige Beeinflussungen“ zu verüben, wird hoffentlich durch die Wiederwahl des den Zechenbaronen sicher sehr unlieben Sozialdemokraten nach Verdienst belohnt werden. —

**Polizeilich gestempelte Agitatoren.** Im Halle'schen „Volksblatt“ (Nr. 215 vom 14. d. M.) liest man: Der „Hauptagitor“ für Schleswig-Holstein, Bremen und

sendet worden. Dies brachte uns ein väterliches Kondolenz-schreiben ein:

„Ich bedaure aufrichtig, daß Tilling das Bed' hat, gerade bei einem Regiment zu dienen, welches nicht berufen war, den so glorreich sich anlassenden Feldzug zu eröffnen; übrigens besteht ja immer noch die Möglichkeit, daß es zum Nachrüden bestimmt werde, Martha wird der Sache freilich die gute Seite abgewinnen und sich freuen, daß ihr die Angst um den geliebten Mann erspart bleibt, und auch Friedrich ist eingestandenemassen selber kein Freund des Krieges; aber ich denke, er ist nur im Prinzip dagegen, das heißt: es wäre ihm aus sogenannten „humanitären“ Gründen lieber, wenn es zu keiner Schlacht käme; ist es aber einmal dazu gekommen, so wollte er wohl auch lieber dabei sein, da regt sich wohl die männliche Kampfslust. Es sollte wirklich immer die ganze Armee gegen den Feind geschickt werden; in solchen Zeiten zu Hause bleiben zu müssen, ist für den Soldaten doch gar zu hart.“

„Triffst es Dich hart, mein Friedrich, bei mir zu bleiben?“ fragte ich, nachdem ich den Brief gelesen.

Er drückte mich an sein Herz. Diese stumme Antwort genügte mir.

Aber was half's? Um meine Ruhe war es doch ge-schehen. Jeden Tag konnte der Marschbefehl kommen. Würde der ungeliebte Krieg nur schnell zu Ende geführt! . . . Mit größtem Eifer las ich in den Zeitungen die Berichte vom Kriegsschauplatz und wünschte heiß, daß die Verbündeten rasche und entscheidende Siege erfochten. Ich gestehe es, der Wunsch war nicht vor allem ein patriotischer. Lieber war es mir immerhin, wenn der Sieg auf unserer Seite blieb; aber was ich von diesem erhoffte, war die Beendigung des Kampfes, ehe mein Alles in der Welt dahin entsendet werde, in zweiter Linie erst der Erlaube meiner Landesleute und in allerletzter Linie die Interessen des „meerumschlungenen“ Stück Landes. Ob nun Schleswig zu Dänemark gehörte, oder nicht, was in aller Welt konnte mich das anfechten? Und schließlich — was soll es die Dänen und die Schleswig-Holsteiner selber an? Sagen denn die beiden Völker nicht ein, daß es un-

Hamburg vom allgemeinen deutschen Gewerbeverein, Vorort Köln a. Rh., ein Herr J. Baf., der erst kürzlich in verschiedenen, namentlich Hamburger Blättern „Agitatoren“ gegen die Sonntagruhe sucht, erläßt in einem Hamburger Inseratenblatt folgenden inhaltlich wie stilistisch gleichsamosen

#### Ausruf.

Nochmals erklären wir, daß unsere Agitatoren an allen Orten des Deutschen Reichs, ebenfalls auch in Hamburg und Schleswig-Holstein, berechtigt sind, sich frei zu bewegen, um Mitglieder nebst Vereinsbeiträgen entgegenzunehmen.

Unsere Agitatoren legitimieren sich durch Vollmacht, welche von der königlich preussischen Kölner Polizeibehörde beglaubigt und gestempelt sind, und außerdem in Hamburg von der Postbehörde, Zimmer 13, der Agitation nichts im Wege steht. Trotzdem sind diverse heftige Bürger- und Staatsangehörige, welche für unseren Verein hier agitieren, auf unerklärliche Weise hier und in Altona durch Inhaftierung auf einige Stunden geschäftlich geschädigt worden. Wann hört diese unnütze Verhinderung eigentlich auf?

Der allgemeine deutsche Gewerbeverein, Vorort Köln a. Rh.

Zu Vollmacht:

J. Baf.,

Haupt-Agitor für den Kreis Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg.

Bureau: Kehlhöfen 38, part.

Merkwürdig: „Die Agitatoren“ legitimieren sich durch Vollmacht, die polizeilich gestempelt sind und außerdem in Hamburg von der Polizeibehörde, Zimmer 13, der Agitation nichts im Wege steht, trotzdem werden die „Agitatoren“ auf unerklärliche Weise auf einige Stunden geschäftlich geschädigt. — Merkwürdig, sehr merkwürdig! Ob es den Agitatoren bei ihrer „freien Bewegung“ wohl gelingt, recht viele „Mitglieder“ entgegen zu nehmen? —

Vom Strafvolkung. Der Verein Thüringer Presse hat auf seiner Jahres-Versammlung beschlossen, beim Reichstage im Interesse einer gleichmäßigen humanen Behandlung der wegen Pressevergehens verurteilten Journalisten Schritte zu thun. Aber es handelt sich nicht bloß um die Pressfänger, sondern um die große Gruppe der politischen Missgeburten, für die dasselbe gilt wie für die Herren von der Presse. Dabei versteht es sich am Rande, daß jeder Häftling ohne Unterschied eine gleichmäßige humane Behandlung erfahren soll. Wenn aber unsere Gefängnispolitik für den gemeinen Verbrecher eine bestimmte Disziplin durchführt, die ihr unentbehrlich erscheint, so wenig geht es an, einen Staatsbürger, der für seine soziale politische Ueberzeugung in Gefängnis sitzt, mit dem Rörder oder Depotgänger auf Eine Stufe zu setzen. So lange wir noch die ungereimten politischen und Presseverbrechen, die nur ein Erzeugnis der alle Rede- und Pressefreiheit unterdrückenden Reaktion sind, in unserm Strafgesetzbuch haben, so lange ist der ob solcher Vergehen mit Gefängnis Bestrafte auch entsprechend zu behandeln, nicht etwa gar noch härter anzulassen oder anzufassen, als irgend ein gemeiner Verbrecher. Selbstbefähigung, Freiheit in der Wahl der Lektüre und Meinliches sollten von vornherein gesetzlich verbürgt sein, während in Preußen z. B. von Selbstbefähigung und dergleichen nicht die Rede ist. Da die Mehrheit der Pressfänger und der politisch Anrühigen sich aus der einzigen wahrhaften Oppositionspartei, der Sozialdemokratie, rekrutiert und von Jahr zu Jahr sich immer ausschließlicher daraus rekrutieren wird, hat die Petition des Thüringer Vereins so wenig Aussicht, beim Reichstage Gnade zu finden, wie manche frühere. Ja, wenn wir noch im Kulturkampf ständen, wäre das Zentrum wohl zu haben. Heute aber hütet es sich, da es, abgesehen von der nicht für voll angesehenen Presse in der Manier Fusanjels, fast ganz prozessfrei ist, an den verrotteten Zuständen zu rühren. —

Wechselstempelsteuer und Krisis. Nach der im „Reichs-Anzeiger“ (Nr. 217 vom 14. September) veröffentlichten Aufstellung des Reichsschatzamts betrug die Einnahme an Wechselstempelsteuer in den ersten acht Monaten des Jahres

1892 . . . . 8 254 970,05 M.,

dagegen

1891 . . . . 8 372 375,90 M.,

es ergibt sich für den betreffenden Zeitraum von 1892 eine Mindereinnahme von 117 396,85 M. Da die schleichende Krisis in diesem Jahre sich sehr scharf bemerk-

ihre Venker waren, welche um Land- und Nachtbesitz sich stritten, daß es in diesem Fall zum Beispiel nicht um ihr Wohl und Wehe, sondern um die Gelüste des Protokoll-Prinzen und des Augustenburger's sich handelte? Wenn mehrere Hunde um ein paar Knochen sich raufen, so zerfleischen einander doch nur die Hunde; in der Völker-geschichte sind es aber meist die dummen Knochen selber, welche auf einander loschlagen und sich gegenseitig zertrümmern, um für die Rechte der sie begehrenden Streiter zu kämpfen. „Woh will Apor haben“ — und „Auf mich hat Pluto Anspruch“ — „Ich protestire gegen Karo's Fänge“ und „Ich rechne es mir zur Ehre, von Winka gestreift zu werden“, sagen die Knochen. „Dänemark bis zur Eider“, riefen die dänischen Patrioten. „Wir wollen Friedrich von Augustenburg zum Herzog“, riefen die Loyalen von Holstein. Unsere Zeitungsbartikel und die Gespräche unserer Kanne-gießer waren natürlich alle von dem Grundsatz durchdrungen, daß die Sache, für welche „Wir“ eingetreten, die gerechtere, die einzig „historisch entwickelte“, die einzig für Erhaltung des „europäischen Gleichgewichts“ erforderliche war. Natürlich wurde in den Leitartikeln und den politischen Unterhaltungen in Kopenhagen das gegenseitige Prinzip mit gleichem Nachdruck verfochten. Warum nicht gegenseitig die Rechte abwägen, um sich zu verständigen, und wenn dies nicht gelingt, eine dritte Macht zum Schiedsrichter machen? Warum nur immer beiderseitig schreien: „Ich — mach die Rechte.“ Sogar gegen die eigene Ueberzeugung ich bin im Rechte.“ Sogar gegen die eigene Ueberzeugung ich bin im Rechte. — die Entscheidung der Gewalt überlassend? Ist das nicht Wildheit? Und wenn nun eine dritte Macht sich in den Streit mischt, so thut auch sie es nicht mit Rechtsverwägung und Urtheilsspruch, sondern gleichfalls mit Dreinschlagen? — Und das nennen die Leute „äußere Politik“? Keußer und innere Rohheit ist es — staatskluge Selbsthätigkeit — internationale Barbarei. — — —

(Fortsetzung folgt.)

bar macht, da die Geschäfte stocken, das Erwerbleben gelähmt ist, so erklärt sich die Mindereinnahme aus dem Wechsel, diesem wichtigsten Hilfsmittel des modernen Geldverkehrs, gar leicht. —

Im Löwenberger Reichstags-Wahlkampf, — die Konservativen haben einen Landrath, von Holsenfar, auf den Schild erhoben, die Nationalliberalen agitierten für den General a. D. von Augustawski, während der Deutschfreisinn seinen eigenen Kandidaten, Ehlers, ins Feld schickte. — spielten sich niedliche Geschichten ab. Die „Nationalzeitung“ umkostet und umschmeichelt den Deutschfreisinn, hofft auf seine Unterstützung bei einer Stichwahl, und lobt die „Wise“ des Herrn Richter, die „Freisinnige Zeitung“, deren Leiter im Wahlkreise agitirt, schickt auf die nationalliberale Lokalpresse, die beiden liberalen Brüder wissen nicht recht, ob sie sich vor Haß oder Liebe aufressen sollen. Ein Schauspiel für Götter! —

Der Kölner Sperling. Die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 503 vom 14. September) schreibt: „In der Angelegenheit des Kriminalkommissars Sperling, welcher von einem hiesigen sozialdemokratischen Blatte der größten Auschreitungen (begangen durch unbefugtes Eindringen in eine Wohnung und Mißhandlung von Personen) beschuldigt wurde, hören wir, daß die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden ist. An der Einleitung der gerichtlichen Untersuchung wird nicht gezweifelt. Von dem Ausfall dieser Untersuchung dürften die Maßregeln der vorgehenden Behörde des Kommissars gegen denselben abhängen, welcher gegenwärtig krankheitshalber beurlaubt ist.“ Auf den Ausgang der Sache sind wir gespannt. Die „Kölnische Volkszeitung“ hat sich bekanntlich gemeinsam mit der „Kölnischen Zeitung“ zu Ehren des Herrn Sperling prostituiert und ist erst durch die sozialdemokratische Kritik zum Aufgeben ihrer Taktik des Vertuschens und Lobschweigens genöthigt worden. Wenn sie uns unterstellt, daß wir ihr den Empfang von Schweigegeldern vorgeworfen hätten, so weiß sie am besten, daß wir beileibe nicht ein derbissig-materielles, klingendes Douceurgen gemeint, sondern die feige Unterwürfigkeit der „Kölnischen Volkszeitung“ unter den Polizeistock gerügt haben, eine Unterwürfigkeit, die sich sehr einfach aus dem Wandel der Verhältnisse und aus der Schacherpolitik des Zentrums erklärt. Weil das Zentrum heute Regierungspartei ist, macht es auch dem kleinsten Polizeikommissar nicht gerne Schwierigkeiten und sügt sich in den städtischen Mängel, als sei sie eine Milchschwester der „Kölnischen Zeitung“, sie ist Meisterin in politischen Pferdehandel und hat nach dem läßlichen Geständniß der „Kölnischen Zeitung“ die Lösung: „Was kannst Du armer Teufel bieten?“ Wir verzichten auf das uns für den Wahlfonds angebotene „Schweigegeld“, da wir nur aus reiner Quelle schöpfen, und erlauben sie, mit ihrem Sperling den Fonds der Sperlinge des Kulturkampfes zu beglücken. —

Französisches. Die Kammern werden voraussichtlich am 18. Oktober zusammentreten. — Der Kongress sozialistischer Gemeinderäthe zu St. Ouen beschloß am 13. d. M. auf Antrag Bailants, die französischen und belgischen Arbeiter zur Wahrung der internationalen Solidarität aufzufordern. — In Carmaux sind acht Abgeordnete der äußersten Linken eingetroffen. Der Generalrath beschloß ein energisches Vorgehen gegen die Grubendirektoren, um dieselben zu veranlassen, die Ursachen des Ausstandes zu beseitigen. — Der Zwist zwischen belgischen und französischen Grubenarbeitern, über dessen Ursache (Schmutzkonzurrenz belgischer Bergleute u. s. w.) unsere Leser aufgeklärt sind, ist noch immer nicht beigelegt. Das Depeschensbureau „Herold“ verbreitet eine Tendenzdepesche, wonach „sämmliche Volksversammlungen, die in den letzten Tagen im Auslandsgebiete der Departements du Nord und des Pas de Calais abgehalten worden sind“, eine Tagesordnung beschlossen hätten, worin die Bergwerksdirektionen aufgefordert werden, sämmliche ausländische Ingenieure, Angestellte und Arbeiter sofort zu entlassen, und dafür einheimische einzustellen, damit im Kriegsfall die Bergwerke nicht in fremden Händen seien.“ Die Art, wie der angeblende Beschluß begründet wird, erweckt von vornherein das lebhafteste Mißtrauen gegen die Meldung des „persische Anarchisten“ fabrizirenden Bureaus. Es handelt sich um eine einfache wirtschaftliche Frage: sollen belgische Arbeiter als Lohnrädler die Lage ihrer französischen Brüder verschlechtern zu Ruh und Frommen französischer Kohlenritter, oder sollen die Belgier unter dem Einfluß der organisierten Arbeiterschaft die Schmutzkonzurrenz erkennen und aufgeben. Daß es zu Zusammenstößen kommt, ist bedauerlich. Die eigentlichen Schuldigen aber sind die profitbegierigen Grubendirektoren. Daß die unter passifstem Einfluß stehenden Arbeiter in das kapitalistische Horn blösen und blinde Dem Irrovisch des Chauvinismus nachlaufen, versteht sich. Die Merkanten adern gar gerne im Weinberge des Herrn — Kapital. So versteht man die nachstehende Depesche:

Brüssel, 18. September. Eine zahlreich besuchte Arbeiterversammlung im Hause der katholischen Arbeiter nahm heute eine Tagesordnung an, in welcher das Verhalten der Franzosen in Nordbrabant gegenüber den Belgiern gebührend und zur Vermeidung von Repressalien die Intervention der belgischen Regierung verlangt wird.

Aus England schreibt man uns:

Die „Workmen's Times“ bringt in ihrer Nummer vom 8. September einen Leitartikel: „Unsere Führer und unsere Sache“, in der sie offen ihren Standpunkt klarlegt, mit allen Parteien und allen Personen so möglich, die in ihrem eigenen Interesse der nationalen Arbeiterpartei KonzeSSIONen machten. Der Schreiber lebt in dem naiven Glauben, daß eben alle Mittel gut genug sind und alles Handeln und Schachern erlaubt ist für die „heilige Sache“ der Arbeiter. Das Blatt wurde in der Provinz gegründet und war dort lebensfähig — eine ganz charakteristische Thatsache für England. — Diese Lebensfähigkeit war die Ursache, daß man vor zwei Jahren vermochte, einen Redakteur nach London zu schicken. Der Versuch gelang. Die Zeitung hielt sich, wurde überall von Arbeitern gelesen und theilte daher nicht das Schicksal so vieler anderer Arbeiterblätter, die nach kurzem Erscheinen ihr meist hartes Leben einstellten mußten. Im Laufe der Zeit gingen allerdings Veränderungen in der Verwaltung vor; so wurde es mit 2000 M. durch Trades Unions unterstützt, später wurde diese Unterstützung wieder abgelehnt. Die Zeitung verband sich dann mit dem Londoner „Trades Unionist“, aber alle diese Handlungen verminderten den Charakter des Blattes, mit allen Seiten in der Arbeiterwelt auf gutem Fuße zu stehen, nicht zu ändern. Sozialdemokratische Föderation, Fabians, Gewerkschaftler, Nicht-Gewerkschaftler, Parlamentarier, Antiparlamentarier, Temperanzler, Cooperativgesellschaften, An-

archisten, sie alle fand man friedlich darin vertreten. Der Redakteur hatte das seltene Glück, über allen Parteien zu stehen, da er sich selbst mit der Idee trug, seine eigene zu gründen. Von einer einheitlichen politischen Haltung in unserem Sinne konnte natürlich keine Rede sein; wer die englischen Verhältnisse nur etwas kennt, wird die Haltung des Blattes begreifen, wenn er sie auch nicht billigen kann. Aber damit nicht genug. Zur weiteren Charakterisirung des Blattes sei angeführt, daß der Londoner Redakteur Josef Burges vor Beginn der Wahlbewegung Nummer für Nummer zur Gründung einer „nationalen unabhängigen Arbeiterpartei“ aufforderte und die bezüglich den Beitrittserklärungen auch in jeder Nummer veröffentlichte. Ferner gewählte das Blatt an vier der unabhängigen Arbeiterkandidaten, die keiner der offiziellen Parteien angehören wollten (darunter John Burns) eine Wahlunterstützung von je 100 Pfd. Sterl. (2000 M.), ein Beitrag, der, weil anscheinend aus unverbäuglicher Quelle kommend, anstandslos angenommen wurde. Während der Wahlbewegung erklärte aber derselbe Josef Burges in einer öffentlichen Versammlung, daß das Blatt von einem Liberalen unterstützt werde. In der Aufregung der Wahlbewegung wurde diese Aeußerung nicht sogleich aufgegriffen. Als aber Burns im Parlament von allen Seiten wegen der 100 Pfd. Sterl. von der „Workmen's Times“ angegriffen wurde — weil es verächtliches Geld sei — sah Burns sich veranlaßt, Burges in der Lobby des Unterhauses zu fragen, woher das Geld komme? „Nun“, sagte dieser; ich bin sicher, Sie kommen doch darauf, da will ich es lieber gleich sagen: Das Geld kommt vom C h a m p i o n, der es seinerseits von einem Liberalen erhielt. Burns schrieb darauf sofort an die Presse, daß er dies erst jetzt erfahren habe, woher das ihm von der „Workmen's Times“ gesandte Geld für den Wahlkampf komme. Er protestirte gegen das Verfahren von Burges und Champion, da sich herausstellte, daß nicht nur die 100 Pfd. Sterl. Wahlgelder, sondern auch höchst wahrscheinlich die Fonds, die Burges erlaubten, das Blatt zu halten, von Champion herührten, d. h. von seinem liberalen Hintertmann, seinem Freunde Hudson (aus der Firma Hudson's Soap). Hier sei erlaubt, eine kleine Wahlperiode einzufügen. Die großen, reichen Firmen, oder besser ihre Inhaber, haben eine gewaltige Schwäche für „wirkliche Arbeiter“; sie, die sonst auf ihrem Geldsack sitzen, werden außerordentlich freigebig, wenn es gilt, Arbeiterführer zu diskreditiren. So wurde W. L. Thorne, der Generalsekretär der Gasarbeiter-Union, gefragt, ob er nicht gegen Professor Stuart, den Redakteur des „Star“ und Schwiegerohn des berühmten „Sens“-fabrikanten Coleman im Hoxtonbezirk kandidiren wollte — für Geld wäre gesorgt. Thorne lehnte ab, ebenso ein zweiter aus der Gasarbeiter-Union mit der bestimmten Erklärung, wie Burns, daß sie nur dann kandidirten, wenn sie von Arbeitern aufgestellt und von Arbeitern unterstützt würden. Daß Burns, als er die unfaulere Quelle erfährt, aus der die 100 Pfd. Sterling floßen, sich für betrogen hielt und jetzt die „Workmen's Times“ für ein feindliches Blatt hält, ist nur selbstverständlich, wird ihm aber von dieser gewaltig übel genommen. Mr. J. H. Champion wird sich nach diesem Vorgange politisch vollständig abgewirrhelt haben, wie Mr. Hyndman, der auf der letzten Konferenz der Sozialdemokratischen Föderation ein Mißtrauensvotum erhielt, wie es ärger kaum gedacht werden kann. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Herr J. R. Taylor, der im Ostende durchgefallene Kandidat der Sozialdemokratischen Föderation, beantragte nämlich die Ausschließung Hyndman's wegen seines zweideutigen Verhaltens in der Agitation. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, dagegen ein solcher in etwas milderer Form angenommen, dahingehend: Hyndman möge sich von der praktischen Agitation fernhalten und sich nur auf theoretische Arbeiten beschränken. Dieser Antrag wurde mit erdrückender Majorität angenommen, da die Provinzdelegirten alle dafür stimmten. So ist die alte Führerschaft in der Abwirthschaftung begriffen und die Garantie gegeben, daß aus den neuen Elementen endlich die Arbeiterpartei erwächst, die ungeduldige Leute schon längst erwarteten. Leider ist die Mehrzahl der Arbeiter durch die alten Trades Union- und Benefit-Society-Prozis geizig geworden, sie zahlen für rein politische Agitationen nichts. Unsere deutschen Freunde mögen aus dem Mitgetheilten ersehen, wie die Nothwendigkeit, für die Arbeiterpartei Geld zu schaffen, hier in England allerlei Intriguen Thier und Thor öffnet. Dieser läbelangebrachte Geiz ist auch der Hauptgrund, warum kein einziges politisches Arbeiterblatt besteht; obwohl das Bedürfnis dafür existirt. Bis vor Kurzem hat die „Workmen's Times“ als ein unabhängiges Arbeiterblatt gegolten; heute, da es offen die Fügung zeigt, unter der es segelt, dürfte dieser Glaube auch bei englischen Arbeitern allmählich zerbröckeln. Ein großer Theil der Arbeiterkandidaten und Arbeiterführer hat sich im Laufe der Zeit als Maßfänger der Arbeiterklasse entpuppt, und hat so die proletarische Arbeiterbewegung mehr geschädigt, als ihre offenen erklärten Feinde. Nun sucht man Leute wie Burns, Thorne u. s. w. auf dieselbe Weise zu ködern, womit nur bewiesen wird, daß unsere Gegner eine wirklich proletarische Arbeiterbewegung schon in den ersten Anfängen als eine Macht fürchten, die mit allen Mitteln im Keime unterdrückt werden muß.

Skandinavisches. Am 20. d. Mts. soll in Stockholm eine große Demonstration für das allgemeine Wahlrecht und für den Reichstag, sowie gegen die 90 tägige Uebungszeit der Armee abgehalten werden. — Die erste in Christiania abgehaltene Versammlung der norwegischen Postbeamten, zu welcher sich 117 Teilnehmer eingefunden hatten, sprach sich dahin aus, daß die Gehälter der Postbeamten nicht im Verhältniß zu der schweren Arbeit stehen, daß bessere Ferienbedingungen wünschenswerth seien und daß den Postbeamten freie Reise mit den Post führenden Bahnhöfen und Dampfschiffen zu gewähren sei. Die Leute im Reiche des Herrn v. St e p h a n werden mit Interesse erfahren, daß es ihren Kollegen in Norwegen auch nicht zum Besten geht. Und daß in diesem „wilden Lande“ kein Fischer in der vierten Abtheilung unruhvoll sitzt und durch seine Klage Vereins- und Versammlungsfreiheit zu nichte macht. —

## Parteinachrichten.

Die venetischen Landtags-Wahlen haben für unsere Partei unter guten Aussichten begonnen. Wie schon gestern mitgeteilt, ist in der Stadt Vera der Parteigenosse Hahn gewöhlt worden, während die Genossen Häddiger und Wetterlein in Stichwahl kommen. Das Stimmenverhältniß war folgendes: 1. Wahlkreis: Wetterlein 298, die Gegner 280 und 220 Stimmen; 2. Wahlkreis: Häddiger 301, die Gegner 214 und 198 Stimmen; 3. Wahlkreis: Hahn 590, die Gegner 194 und 110 Stimmen.

Die turnenden Sozialdemokraten Leipzigs beschlossen die Errichtung einer Turnervereinigung für Leipzig bezw. ganz Sachsen und entsenden zwei Delegirte zu dem nächstens in Berlin stattfindenden Kongress, der die Schaffung eines freien deutschen Turnerbundes bezweckt.

Gute Aufnahme der sozialdemokratischen Propaganda auf dem Lande meldet die „Schwab. Tagwacht“ auch aus den Orten Ruit und Scharnhausen in Württemberg. Das Landvolk, heißt es, zeigt sich der Belehrung immer zugänglicher und erscheint immer zahlreicher in den Versammlungen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, 15. September.  
**Opernhaus, Oberon.**  
**Schauspielhaus, India.** Hierauf: Die Prüfung. — Der eingedante Kranke.  
**Lesing-Theater, Der Lebemann.**  
**Deutsches Theater, Maria Stuart.**  
**Berliner Theater, Die Goldprobe.**  
**Kroll's Theater, Ein Mastenball.**  
**Solluckianer-Theater, Die schöne Melusine.**  
**Walden-Theater, Die Dummen (Los Jobards).**  
**Friedrich-Wilhelmstadt, Theater, Das Mädchen von Elsony.** — Dorothea. — Der Chemann vor der Thür.  
**Thomas-Theater, Die verlassene Biederländerin.** Fanne Nüte's Abschied. De forsche Peter. De Wedd.  
**Adolph Ernst-Theater, Die wilde Madonna.**  
**Alexanderplatz-Theater, Lannhäuser.**  
**Ostend-Theater, Die Geisse.**  
**Apollo-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Theater der Reichshallen, Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Winter-Garten, Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Gebrüder Richter's Variété, Spezialitäten-Vorstellung.**

**Adolph Ernst-Theater.**  
 Zum 10. Male:  
**Die wilde Madonna.**  
 Gesangsposse in 3 Akten von L. Troplow. Complets von G. Grass. Musik von G. Steffens. Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lütkeneyer in Coburg.  
 In Scene gesetzt von Adolph Ernst.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Alexander-Platz-Theater.**  
 Donnerstag, den 15. September:  
**Tannhäuser.**  
 Große Ausstattung u. Gesangsposse in 4 Akten.  
 Anfang um 7 1/2 Uhr.

**Feen-Palast**  
 Burgstraße, neben der Börse.  
**Täglich**  
**Gr. Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Mit Felina, die singende Lustige, Gruppe Leopold, Kraft u. Zahnproduktionen a. d. Ringe, Alhara-Gruppe, Parterre-Akrobaten, Mr. Clermont, m. f. dress. Esel, Schweinen, Wären zc., Corretou-Gruppe, Excentr. Akrobaten, Franzos und Seefeld, Wiener Duettisten, Germ. Schulte, Gesang-Humorist.  
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.

**Passage-Panopticum.**  
 Neu!  
**Blaue Grotte**  
 mit Wasser, Röhren u. Beleuchtungseffekten.  
 Neu!  
 Eine Kriminalgeschichte  
 in sieben lebensgroßen Gruppen.

**Castan's Panoptikum.**  
 Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

**Gratweil's Bierhallen**  
 Kommandantenstraße 77—79.  
 Täglich:  
**Auftr. d. Germania-Konzert- u. Couplet-Sänger.**  
 (Damen u. Herren.)  
 Wochentag frei. Sonntag Entree 50 Pf.  
 Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch, zwei Säle  
 zu Vorstellungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen.  
 F. Sadtke.

Zur Abwehr der Cholera:  
 Cognac, Rum, Rothwein, Portwein zu allerbilligsten Preisen, empf.  
**Franz Beyer,**  
 Chausseestraße Nr. 103.

## Egyptische Ausstellung.

Unmittelbar an der Stadtbahn-Station Zoologischer Garten.  
 Permanent geöffnet v. Morgens 10 Uhr bis Abends 11 Uhr.  
**Arabisches Original-Café** mit seinen ägyptischen Musikern und National-Tänzerinnen (Almogen).  
**Orientalische Bazare.**  
**Suaheli- und Fellachendorf-Beduinencamp,** Landwirthschaftliche Anlagen, Maschinen u. Geräte Ober-Egyptens.  
**In der grossen Arena:** Vorführung der grossen Karawane täglich um 4 1/2 und 7 Uhr.  
 Einzug der Mekka-Karawane in Kairo um 5 und 8 Uhr.  
**Von 3 1/2 Uhr ab: Grosses Konzert.**  
 Jeden Freitag „Elite-Abend“, verbunden mit gr. Doppelkonzert.  
 Entree 50 Pf., Loge 2 Mk., I. Tribüne 1,50 Mk., II. Tribüne 1 Mk.  
**Sonnabend, den 17. September:**  
 Grosse Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten der Nothleidenden Hamburgs.

## Genossenschafts-Bäckerei

für Berlin und Umgegend.  
 (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)  
 Diejenigen Genossen, welche unser Brot in Wiederverkauf haben, werden ersucht, am Freitag, den 16. d. Mis., Abends 8 1/2 Uhr, zu einer Besprechung bei Seefeldt, Grenadierstraße 88, zu erscheinen.  
 Der Vorstand: Adolf Scholtz, Lazarus.

**J. Semmel, prakt. Zahnarzt, Draniensstr. 55 (Morigplatz).**  
 Sprechst. 8—1, 3—5. Politikum f. Unvermitt. 1—3, 5—6. Künstl. Zähne 2 Mk.

**Altenberg's Hem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinigung.**  
 Anhalt, Neue Jakobstr. 9, Brunnstr. 123, Androasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 Mk. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Wangenreinigung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 2646 L

**Volks-Seife**  
 nur echt mit den Bildnissen bekannter Volksmänner. Muster geschildert geschickt.  
 Preis: Stück 10 Pf., 6 Stück 50 Pf. Für Vortheilhafteste Seife für den Hausgebrauch. Für Wiederverkäufer zu beziehen durch Haupt-Agentur **Max Koehler, Dresdenstr. 33 II.** 2974 L

**Hamburg-Amerikanische Packfahrt-Aktion-Gesellschaft.**  
 Express- und Postdampfschiffahrt.  
**Hamburg - New-York**  
 Southampton anlaufend  
**Oceanfahrt 6 bis 7 Tage.**  
 Ausserdem Beförderung mit directen deutschen Post-Dampfschiffen  
 von **Hamburg** nach  
 Havre Antwerpen Baltimore Boston New-Orleans  
 Brasilien La Plata Montreal Ost-Afrika  
 Transvaal Natal Westindien Mexico Havann  
 von Havre nach New-York, von Stettin nach New-York und von Antwerpen nach Montreal und Boston.  
 Nähere Auskunft ertheilt: **Mahler & Pietsch,** Berlin N., Invalidenstrasse 121, **August Langer,** Berlin, Platz vor dem Neuen Thor 3, **M. Apel,** Berlin, Unter den Linden 21 (nur für Cajüten-Passagiere, sowie die **Direktion in Hamburg, Dovenfleth 18/21**

**Viktoria-Brauerei.**  
 Lühow-Strasse 111/112.  
 Im Konzertgarten resp. Saal  
 Täglich Sonnabends:  
**Stettiner Sänger.**  
 Stets wechselnd. Programm.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntags 7 Uhr.  
 Entree 50 Pf.  
 Wochentagsbiletts à 40 Pf. (S. Platze). 1956 L



**Moaibiter Bejenschaftshaus, Alt-Moaibit 80/81.**  
 Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.**  
 Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Hellmuth Peters.**

**Rheinländischer Tunnel.**  
 Genannt: „Die seltne Hagelkiste“  
 Berlin N.,  
**Elsasserstrasse No. 73,**  
 gegenüber der Bergstraße.  
**Gemüthliche Bierstuben.**  
 Warme und kalte Speisen den ganzen Tag. **Vorzügl. Bier.**  
 2864 L] **H. Schulze (mit'n h.)**  
 Neu eröffnet  
 C. Bohne's  
**Vegetarisches Speisehaus, 58 Gr. Frankfurtstr. 58.**  
 Rachtaste, wohlschmeckende Speisen. Mäßige Preise. Kein Trinkgeld.  
 Es giebt wieder frische Würst am Freitag bei  
**H. Fermum, Schleisschestr. 41.**  
**Brotverkauf der Genossenschafts-Bäckerei**  
**Steinmehlr. 58, Milchgeschäft, 1974 b**  
**H. Paulin.**  
 Genossenschaftsbrot-Verkauf  
**W. Parrmann, Gneisenaustr. 30.**  
 Zitherlager, Saiten, Dresdenstr. 88.

**Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 3-7, Sonntag 8-10**  
 Die Beleidigung vom 1. gegen den Maurer M. Scheffler nehme ich hiermit jurüd. [1908 b] G. Müller.  
 Vereinszimmer und Regelbahn zu vergeben. **Dresdenstr. 8.** 1965 b

**Steppdecken!!**  
 größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lohvros's Fabrik,** Berlin, Draniensstr. 158. [1820 L]  
 1 Posten **Schlafdecken** mit kleinen reinw. flachen Flecken Stück 4, 6, 8 und 10 Mark. **Werth das Doppelte!!**  
**Illustr. Preisliste gratis u. franko.**

**Kinderwagen-Fabriklager.**  
 Das größte im Norden Berlins, von **A. W. Schulz,** einzig und allein **114 b Brunnenstr. 114 b, I. Etage u. Hof part. Teilzahlung gestattet.**  
**Schlosserei-Verkauf!** Brotstelle, Arbeit vorh. **Reichenbergerstr. 10.**  
**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23. h. y.**  
**Gesunde** Wohnungen 50, 55, 60 Thlr. **Honnigsdorferstr. 24, I Tr.**  
**Weidenweg 76, Vorderhaus 1 Tr., 2 Stuben und Küche, 300, 1 Stube u. Küche, 200, Hinterhaus 1 Stube und Küche, 200 Mk.** 1930 b  
**Leere Hinde,** Hensirig, sucht zum 1. Oktbr. inderloses Ehepaar, welches Tags über nicht zu Hause. Off. mit Preisangabe unter **H. R.** an die Exp. d. Bl. 1952 b  
**Zweif. Stube, Kammer u. Küche zum 1. Oktbr. verm. bei Rütte, Muskauerstr. 33, 2. Hof 1 Tr.** 1902 b  
**Beusselstr. 39, Hof 1 Tr., 1 Stube und Küche 180 und 180 Mk.** 1940 b  
**Mbl. Schlafst. verm. Lindenstr. 94, h. III**  
**Möbl. Schlafst. f. Herrn, 7 Mk. sof. Stallschreiberstr. 39/39, v. 32 Tr. b. Schmidt.**

**Kranken- und Begräbniskasse der Berl. Gürtler u. Bronceure**  
 1906 b (G. S. 60).  
**Außerord. General-Versammlung** am Sonntag, den 18. September, Vormittags 10 Uhr, in **Th. Bohn's Festsaal, Alte Jakobstr. 75.**  
 Tagesordnung: Vorlage des revidierten Statuts. — Nur grossjährige Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimirt. Der Vorstand.  
**Der Zentral-Arbeitsnachweis des Verbandes aller in der Metall-Industrie beschäft. Arbeiter** Berlins und Umgegend befindet sich **Wallstraße 7-8.** (Herrnsprecher Amt I Nr. 2636.)  
 Derselbe ist täglich geöffnet von 7 bis 12 Uhr Vorm. und von 3-6 Uhr Nachm. Die Arbeitsvermittlung geschieht für sämtliche Branchen der Metallindustrie, und zwar für Arbeiter jeder Art für Arbeitnehmer unentgeltlich. Die Ausgabe der offenen Stellen findet statt für Klempner, Rohrleger und Gehilfen Vorm. von 8-9, Nachm. von 3-4 Uhr, für Schlosser, Dreher, Mechaniker und Schmeide Vorm. von 9-10, Nachm. von 4-5 Uhr, für Gürtler, Dreher, Former, Schleifer sowie für sämtliche Hilfsarbeiter Vormittags von 10-11, Nachm. von 5 bis 6 Uhr. Arbeitgebern wie Arbeitnehmern zur Benutzung bestens empfohlen. 479/8  
**Der Vorstand.**  
**Ehrenerkklärung.**  
 Die Beleidigung, welche ich der Frau **W. Sch. H. E.** am 23. August zugefügt haben soll, nehme ich hiermit zurück und erkläre dieselbe für eine hochachtbare Frau. 1907 b  
**B. S. F. S.**

**Möbel,**  
 neu und gebraucht, verkauft in allen Arten zu billigen Preisen **Veteranen-Strasse 15.** Auch Teilzahlung. [1921 L]

**Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder) u. Stuckateure Deutschlands.** „Grundstein zur Einigkeit“.  
**Oertliche Verwaltungsstelle Berlin.**  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung**  
 am Sonntag, den 18. September, Vorm. 10 Uhr:  
 im Lokale des Herrn **Brochnow** (früher Orschul), **Jebastianstr. 39.**  
 Tagesordnung:  
 1. Wahl sämtlicher Hilfskassen. 2. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Erfahrmänner für Unfälle. 3. Innere Kassenangelegenheiten.  
 NB. Wegen der Mitglieder-Versammlung ist das Saallokale geschlossen. 229/19  
 Die örtliche Verwaltung.

**Sozialdemokratischer Lese- und Diskutir-Klub**  
**„Vereinte Kraft“.**  
 Sonnabend, den 17. September, in der Berliner **Antons-Brauerei, Hasenhalde Nr. 22-26:**  
**1. Stiftungsfest**  
 bestehend in 452/15  
**Gr. Sommernachts-Ball, Vokal-Konzert u. humorist. Vorträge**  
 unter gütiger Mitwirkung der Gesangsvereine „Norddeutsche Scholle“ und „St. Urban“ (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes).  
 Biletts für Herren (inkl. Tanz) 50 Pf., Damen 30 Pf. Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.  
 Hierzu ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

**Achtung!**  
 In der **Borussia-Brauerei zu Nieder-Schönweide**  
 findet am **Sonnabend, den 24. September er., Abends 8 Uhr,** das  
**3. Stiftungsfest**  
 des 408/19  
**Gesangsvereins „Eintracht“**  
 statt, bestehend aus  
**Vokal- und Instrumental-Konzert**  
 unter gütiger Mitwirkung mehrerer Vereine, sämtlich Mitglieder des A.S.B. Freunde und Genossen sind freundlichst eingeladen. Am regen Besuch bitten  
**Das Vergnügungs-Komitee.**

**Achtung! Textilarbeiter. Achtung!**  
 (Filiale Berlin.)  
**Versammlung**  
 am Sonnabend, den 17. September er., Abends 8 1/2 Uhr,  
 in **Buß' Salon, Gr. Frankfurterstr. 85.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über Rußland und seine Lehre. Referent: Genosse **Dr. Plan.**  
 2. Diskussion. 3. Beschlussfassung bezüglich der Herberge, des Arbeitsnachweises und Verbreitung des Textilarbeiter's. 4. Wahl der Revisoren. 5. Verschiedenes.  
 Nach der Versammlung **Tanzkränzchen.** Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen 25 Pf., die nach der Versammlung kommen 50 Pf. Gäste haben Zutritt. Um zahlreichen Besuch bitten  
 1972 b  
**E. Liebers, Bevollmächtigter.**

**Große öffentliche Versammlung**  
 der **Tischler, Klavierarbeiter, Drechsler und Möbelpolierer**  
 am **Montag, den 19. September 1892, Abends 8 Uhr,**  
 in den **Concordia-Sälen, Androasstr. 64 u. Frankstr. 38.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Stellungnahme zum Gewerbegericht. 2. Aufstellung der Kandidaten.  
 3. Verschiedenes. — Da die obengenannten Bezirke zur Gruppe 5 des Ortsstatuts gehören, so ist zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.  
**Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.**  
 496/5 **Der Vertrauensmann.**

**Kranken- und Begräbniskasse der Berl. Gürtler u. Bronceure**  
 1906 b (G. S. 60).  
**Außerord. General-Versammlung** am Sonntag, den 18. September, Vormittags 10 Uhr, in **Th. Bohn's Festsaal, Alte Jakobstr. 75.**  
 Tagesordnung: Vorlage des revidierten Statuts. — Nur grossjährige Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimirt. Der Vorstand.

**Allen Freunden und einer werthen Nachbarschaft empfehle mein Milch- und Sadwaarengeschäft.** Verkauf von Genossenschaftsbrot. 1954 b  
**J. Kien, Görlischerstr. 67.**  
**Kinderwagen-Bazar**  
**M. Brinner,** Jerusalemerstr. 43, I  
 Filiale:  
**Brunnenstraße 6, Hof part.**  
 Größte Auswahl.  
**Billigste Preise.**  
 Theilzahlung gestattet.  
 In der Filiale **Kudwert,** zurückgeschickter Wagen außerordentlich billig.  
**Jede Uhr** unter Garantie kostet bei mir zu repariren **1,50 Mk.** (außer Bruch)  
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.  
**Uhren, Gold- u. Silberwaaren**  
**C. Wunsch, u. d. Draniensplatz.**

Dem Restaurateur Herrn **Wilhelm Dinte** zu seinem heutigen **Wiederkehr** ein donnerndes Hoch! 1963 b  
**Die Markenbrüder.**  
 Alle für den  
**Verband deutscher Tischler (Zahlfeste Charlottenburg)**  
 bestimmten Briefe und Sendungen bitte an Herrn **W. Dinte,** Charlottenburg, **Walfstr. 29, 3 Tr. 1-** senden zu wollen. **Der Vorstand.**

**Arbeitsmarkt.**  
 Steinmetz, tüchtig im Marmor verfahren, arbeiten, schleifen und polieren, sucht sich zu verändern. **Gest. Briefe und J. M. S. 1000 bes. d. Exp.** dieses Blattes. 1975 b  
 Tischlereihering verl. **Reiman u. Köpplerstr. 175.** 1975 b  
 Hierzu zwei Beilagen

## Von der Cholera.

Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt vom 13. bis 14. September, Mittags, gemeldete Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle:

Staat und Bezirk	Ort	Datum:							
		10./9.	11./9.	12./9.	13./9.				
Hamburg.	Hamburg.	213	118	890	175	333	142	344	148
Preußen:									
Schleswig.	Altona.	8	7	12	5	12	5	12	5
Wilhelmsburg.	Wilhelmsburg.	—	2	5	3	5	4	—	—
Stade.	Häufigh.	2	—	2	1	3	3	—	—
Stettin.	Stettin.	—	1	—	—	—	—	—	1
	Lübz.	—	—	—	—	—	—	—	2
Medl. Stralich.	Schönberg.	—	—	—	—	—	—	—	1

### Verzettelte Erkrankungen:

Regierungsbezirk Schleswig: in den Städten Wandsbeck, Lauenburg, Rendsburg und in 5 Orten der Kreise Stormarn, Steinburg, Segeberg und Kiel (Land) 4 Erkrankungen, 4 Todesfälle.

Regierungsbezirk Stade: in je einem Orte der Kreise Jork und Verden insgesamt 3 Erkrankungen.

Regierungsbezirk Lüneburg: in Stadt Harburg und 1 Ort des Kreises Winsen a. L. zusammen 1 Erkrankung, 1 Todesfall.

Regierungsbezirk Straßburg: auf der Rhede von Wolgast 1 Todesfall.

Regierungsbezirk Stettin: in der Stadt Grabow und 1 Ort des Kreises Randow 3 Erkrankungen.

Regierungsbezirk Magdeburg: in 1 Ort des Kreises Wanzleben 1 Todesfall.

Regierungsbezirk Potsdam: in 1 Ort des Kreises Niederbarnim 1 Todesfall.

Der neu ernannte Reichskommissar für die Gesundheitspflege im Stromgebiet der Elbe, Freiherr von Richthofen, macht bekannt, daß zur gesundheitlichen Ueberwachung des Schiffverkehrs auf dem Elbstrom — abwärts und aufwärts — und den mit ihm in Verbindung stehenden Fluß- und Kanalsohlen zunächst folgende sieben örtliche Kontrollstationen errichtet worden sind:

I. Kontrollstation: Elbstrom - Strecke von Cuxhaven (Mündung der Elbe) bis Harburg einschließlich sämtlicher schiffbaren Nebenflüsse und Abzweigungen der Elbe mit Anschluß ihres unter Hamburgischer Staatsobehörheit stehenden Theils. Vorstand: Marine-Stabsarzt Dr. Davids mit dem Amtssitz in Altona.

II. Kontrollstation: Elbstrom - Strecke von Altona (Staatsgebiet Hamburg) bis zur preussischen Grenze einschließlich der Strecken aller schiffbaren Nebenflüsse und Abzweigungen, welche Hamburger Staatsgebiet umspülen. Vorstand: Marine-Stabsarzt Dr. Koch mit Marine-Assistenzarzt Dr. Garbsch mit dem Amtssitz in Hamburg.

III. Kontrollstation: Elbstromstrecke von Hamburg bis Wittenberge einschließlich der schiffbaren Nebenflüsse und Abzweigungen der Elbe, sowie der Verbindungskanäle, des Stednitzykanals bis Travemünde und der Elbe sowie der mit letzterer in Verbindung stehenden Kanalstrecken. Vorstand: Stabsarzt Dr. Krantzfelder mit dem Amtssitz in Lauenburg.

IV. Kontrollstation: Elbstromstrecke von Wittenberge weiter stromaufwärts einschließlich der schiffbaren Nebenflüsse, jedoch ausschließlich der Havel. Vorstand: Stabsarzt Dr. Venhart mit dem Amtssitz in Wittenberge.

V. Kontrollstation: Havelstromstrecke von der Mündung bis Werder einschließlich des Plauer-Kanals. Vorstand: Stabsarzt Dr. Gerhold mit dem Amtssitz in Rathenow.

VI. Kontrollstation: Havelstromstrecke von Werder über Spandau weiter aufwärts bis Eberswalde einschließlich der auf dieser Strecke in die Havel einmündenden Kanäle. Vorstand: Stabsarzt Dr. Almann mit dem Amtssitz in Potsdam.

VII. Kontrollstation: Spreestromstrecke von Spandau bis Erker einschließlich des Spandauer Schiffahrtskanals, der Berliner Kanäle und der Hadersdorfer Gewässer. Vorstand: Stabsarzt Dr. Goldscheider mit dem Amtssitz in Berlin.

Die von hier aus mit näheren Anweisungen versehenen Stationsvorstände haben sich am 13. d. M. zur Uebernahme ihrer Amtsgeschäfte nach den betreffenden Stationsorten begeben.

### Hamburger Gesundheitsstatistik. Im „Echo“ (Nr. 216 vom 14. d. M.) liest man:

Auf Gerathewohl greifen wir die Baustrafe heraus:

A., Arbeiter; 2 Räume; 5 Bewohner; 1 Kind gestorben; die Frau krank; 5 Personen unterstützungsbedürftig; sofort Lebensmittel und Kleider notwendig. (Der Mann ist durch häufige Arbeitslosigkeit in die bitterste Noth gerathen, ist für 6 Monate Miethelohn rückständig und hat noch weitere Schulden.)

B., Arbeiter; 2 Räume; 8 Bewohner; 6 Personen unterstützungsbedürftig; in einigen Tagen Lebensmittel notwendig. (Die Frau verlor infolge des Ausbleibens der Angeldmeister ihre Beschäftigung und ihren Verdienst.)

C., Witwe; 2 Räume; 5 Bewohner; der Mann an Cholera gestorben; 5 Personen unterstützungsbedürftig; sofort Lebensmittel notwendig.

D., Arbeiter; 2 Räume; 6 Bewohner; 6 Personen unterstützungsbedürftig; die Frau krank; sofort Lebensmittel notwendig.

E., Arbeiter; 1 Raum; 6 Bewohner; der Mann seit 14 Tagen arbeitslos, sehr krank; 5 Personen unterstützungsbedürftig; sofort Lebensmittel und Kleider notwendig. (Der Mann ist immer kranklich gewesen und schuldet 40,50 M. Miethelohn.)

F., Witwe; 2 Räume; 2 Bewohner; der Mann gestorben; Lebensmittel so bald als möglich notwendig; die monatliche Miethelohn rückständig.

G., Arbeiter; 3 Räume; 6 Bewohner; die Frau an Cholera gestorben; der Mann seit längerer Zeit mit Unterbrechungen arbeitslos; sofort Lebensmittel notwendig.

Wie entsetzlich das Elend ist, geht auch aus nachstehenden Daten über Vorstellmannsweg hervor, wo übrigens das Komitee nach Kräften zu helfen bereit ist. Aus der einzigen Terrasse Nr. 157/59, dem Schneidermeister Schacht gehörend, werden uns folgende Fälle gemeldet:

A., Arbeiter; 2 Räume; 7 Bewohner; der Mann und ein Kind an Cholera gestorben; die Frau krank; 7 Personen unterstützungsbedürftig; Kleider und Wäsche sofort notwendig.

B., Arbeiter; 2 Räume; 5 Bewohner; der Mann an Cholera gestorben; 5 Personen unterstützungsbedürftig; Wäsche, Kleider und Schuhe notwendig. (Die Wohnung befindet sich in höchstem Zustande.)

C., Arbeiter; 2 Räume; 4 Bewohner; ein Kind gestorben; der Mann seit 24. August arbeitslos, sehr krank; 4 Personen unterstützungsbedürftig; sofort Lebensmittel und Wäsche notwendig. (Die Wohnung ist in traurigem Zustande; die Reparaturen sind erst in Folge der Krankheitsfälle in Angriff genommen. Die Frau sieht ihrer Niederkunft entgegen. Keine Betten vorhanden.)

D., Stellensucher; 2 Räume; 5 Bewohner; 2 Kinder an Cholera gestorben; der Mann und 1 Kind krank; 5 Personen unterstützungsbedürftig; sofort Wäsche und Kleider notwendig. (In der Wohnung befindet sich ein Sichel, welches als Krankheits-erzeuger zu betrachten ist. Der Fußboden ist morsch und faul; die Wände sind faul und naß. Der Arzt hat augenblickliche Räumung der Wohnung als das Nöthigste bezeichnet.)

Unser Parteigenosse, welcher diese Terrasse revidirte, theilt noch Folgendes mit: „Ich kann behaupten, daß ich noch nie eine derartige Höhle, wo Menschen hausen, gesehen habe. In dieser Terrasse, im Haus Nr. 2, befindet sich direkt im Wohnraum eine unter die Treppe führende Thür, und in den Raum unter der Treppe, dessen Sohle zwei Fuß tiefer als der Fußboden der Wohnung liegt, führen aus den oberen Etagen die Klosettröhren. Dieselben sind direkt, so daß die erste Flüssigkeit meistens 1 1/2 Fuß hoch in dem Raume steht. Von Seiten des in dieser Terrasse thätigen Kräftes ist erklärt worden, daß die Wohnung geräumt werden müßte. In einer anderen Terrasse, die ehemals dem Bürgerchaftsmitglied Martens gehörte (der jetzige Eigentümer heißt Cohn) ist es nicht besser. Die Sielanlagen sind gesundheitswidrig. Ich habe natürlich der Polizei von diesen Zuständen Anzeige gemacht.“

Beklagt wird von unseren Parteigenossen darüber, daß seitens des Hilfskomitees auf der Hohenlust die Unterstützungen zu spärlich bemessen werden. Wir sehen uns deshalb genöthigt, auch aus dieser Gegend einige Fälle mitzutheilen. Nehmen wir also die Strafe Lehmbweg:

A., Bootvermieter; 3 Räume; 6 Bewohner; die Frau und ein Kind krank; 6 Personen unterstützungsbedürftig; sofort Lebensmittel notwendig. (Die Frau leidet an Cholera und Typhus.)

B., Witwe; 1 Raum; 1 Bewohner; der Mann (Briefträger) an Cholera gestorben; die Frau hat seit 14 Tagen nichts zu leben.

C., Arbeiterin; 2 Zimmer; 2 Bewohner; die Frau ist krank; sofort Lebensmittel und Kleider notwendig. (Mühselige Miethelohn 24 M.; die Frau ist durch Arbeitslosigkeit in Schulden gerathen.)

Aus der Gärtnerstraße:

A., Witwe; 3 Räume; 3 Bewohner; 3 Personen unterstützungsbedürftig; sofort Lebensmittel und Kleider notwendig. B., Zeitungspolier; 3 Räume; 5 Bewohner; der Mann an Cholera gestorben; 5 Personen unterstützungsbedürftig; sofort Lebensmittel und Kleider notwendig.

C., Kellner; 2 Räume; 2 Bewohner; ein Kind an Cholera gestorben; der Mann seit 3 Wochen arbeitslos; sofort Lebensmittel notwendig. D., Tapezierer; 2 Räume; 3 Bewohner; 3 Personen unterstützungsbedürftig; sofort Lebensmittel notwendig.

Run noch ein Fall von der Hohenlustchauffee:

A., Arbeiter; 2 Räume; 4 Bewohner; der Mann an der Cholera gestorben; 4 Personen unterstützungsbedürftig; die Frau ist krank; sofort Lebensmittel, Betten und Kleider notwendig. (In der Familie herrschen Zustände, welche jeder Beschreibung spotten. Der Mann war gestorben, die Frau krank geworden; die Kinder hatten nichts zu essen; auf energisches Einschreiten unseres Parteigenossen, der die Familie aufgefunden, erhielten die Kinder Milch und Brot, wurden auch untergebracht.)

Hamburg, 14. September. Von gestern Mittag bis heute Mittag sind hier 344 Cholera-Erkrankungen und 148 Todesfälle gemeldet; davon entfallen auf gestern 198 Erkrankungen und 96 Todesfälle, der Rest sind Nachmeldungen. Die Transporte betragen gestern 137 Kranke und 47 Leichen.

Hamburg, 14. September. Für die heutige Sitzung der Bürgerchaft hat der Senat einen dringlichen Antrag eingebracht, in welchem die Bewilligung einer Staatshilfe für die Nothleidenden verlangt wird; wie es heißt, beträgt der geforderte Kredit eine Million Mark.

Hamburg, 14. September. Der Geh. Medizinalrath Prof. Dr. Koch ist heute hier eingetroffen.

Stettin, 14. September. Nach amtlicher Mittheilung sind hier zwei weitere Fälle asiatischer Cholera vorgekommen. Der eine der Erkrankten, ein Arbeiter, ist gestorben; der zweite Erkrankte ist Bootsmann auf einem Schiffe.

Erfurt, 14. September. Die Vorsteherin des städtischen Krankenhaus hier selbst ist an der Cholera asiatica erkrankt; es ist dies in Erfurt der erste aus Hamburg eingeschleppte Fall.

Gleiwitz, 14. September. Der unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankte Stenobesitzer Bogasowski ist in der vergangenen Nacht gestorben. Die bakteriologische Untersuchung hat das Vorhandensein von asiatischer Cholera zweifelhaft gelassen. Weitere Erkrankungen sind nicht bekannt geworden.

Pest, 13. September. Der Oberphysikus der Hauptstadt hat behufs energischer Bekämpfung der Choleraepidemie vorzuschlagen, alle Sendungen aus choleraverdächtigen Gegenden ohne Rücksicht auf den Werth derselben und ohne daß die Empfänger entschädigt werden, zu verbrennen.

Brüssel, 13. September. Aus Metz devant-Virton (Provinz Luxemburg) werden mehrere Cholera-Erkrankungen gemeldet, von denen drei einen tödtlichen Verlauf genommen haben.

Kopenhagen, 13. September. Nach amtlicher Bekanntmachung dürfen Personen mit einem höchstens 12 Stunden vor der Ankunft in Kopenhagen ausgestellten Zeugnis, in welchem bescheinigt wird, daß dieselben sich in den letzten fünf Tagen an einem und demselben Orte des Herzogthums Schleswig, nicht südlicher als die Linie Flensbürg-Londern, aufgehalten haben, sowie daß daselbst keine choleraähnliche Krankheit aufgetreten ist, vorläufig die Landesgrenze über Tags bei Vandrup, Follingbro, Obeljär, Eggelid und Vedstedt passieren.

Petersburg, 13. September. Die Cholera ist auch im Gouvernement Besarabien aufgetreten; bis zum 12. September waren 49 Erkrankungen und 10 Todesfälle vorgekommen.

Sull, 14. September. Der Kapitän des aus Kronstadt hier angekommenen Dampfers „Heldeneck“ berichtet, daß auf der Fahrt 2 seiner Feuerleute an Cholera gestorben sind und in See befattet wurden. Der Dampfer liegt in Quarantäne.

Paris, 14. September. In Paris sind innerhalb der Vannmeile sind gestern 89 choleraartige Erkrankungen und 44 Todesfälle vorgekommen, von denen 14 Erkrankungen und 13 Todesfälle auf St.-Ouen entfallen.

Havre, 14. September. Mehrere erkrankten hier elf Personen an der Cholera, sieben starben.

Helsingör, 14. Sept. Die Dampffähre über den Sund ist für die Beförderung von Passagieren wieder in Betrieb gesetzt worden.

Gothenburg, 14. Sept. Wegen verdächtiger Erkrankung der Köchin des zwischen hier und Hamburg fahrenden Dampfers „Nordens“ und der erfolgten Erkrankung der Zimmergenossin der Köchin sind seitens der Medizinalbehörden energische Maßnahmen

ergriffen worden. Die bakteriologischen Untersuchungen sind im Gange. Die Quarantäne für alle aus Hamburg kommenden Schiffe ist auf sechs Tage verlängert worden.

Christiania, 14. Sept. Oberarzt Dr. Aaser hat nach Beendigung der bakteriologischen Untersuchungen bestimmt erklärt, daß die hier unter choleraartigen Symptomen eingetroffenen Erkrankungen nicht von Cholera asiatica herrühren.

Konstantinopel, 14. September. Infolge der Quarantäne-Maßnahmen können Reisende nach der Türkei den sogenannten konventionellen Abendzug von Mustafa-Pascha nach Konstantinopel nicht mehr erreichen. Die Bahnverwaltung hat denselben eingestellt und dafür einen Morgen-Spezialzug ab Mustafa-Pascha eingeführt, welcher auch aus der Quarantäne entlassene Reisende nach Adrianopel führt, wo eine fahrplanmäßige Verbindung nach Konstantinopel besteht. Der Orient-Expresszug ist während der Dauer der Quarantäne gänzlich eingestellt.

Die Passagiere des am 13. September in New-York angekommenen Dampfers des „Norddeutschen Lloyd“ „Mer“ sind heute wohlbehalten daselbst gelandet.

## Parteinachrichten.

Die Versammlung der Breslauer Sozialdemokratie, welche am Montag über die bekannte Aeußerung des Landgerichtsdirrektors Schmidt verhandelte, war so stark besucht, daß viele Hunderte von Parteigenossen keinen Platz mehr fanden. Referent war Genosse Karl Thiel. Er führte nach dem Bericht der „Volkskraft“, dem wir theilweise folgen, ungefähr folgendes aus: Es ist ein hochernstes Thema, daß die Genossen heute zusammenführte. Was dank der herrlichen Versammlung „Freiheit“ nicht möglich ist, auszusprechen, das mag sich Jeder denken. Die Worte des Landgerichts-Direktors müssen energisch und unabweichend zurückgewiesen werden. Es handelt sich nicht darum, eine Person zu beleidigen, sondern einfach darum, unsere tief verletzte Ehre energisch zu wahren. Der Fall Schmidt steht nicht vereinzelt da. Auch andere Leute haben ähnlich geschrieben und geredet. Da ist zuerst der kleine Sohn des großen Vaters, Dr. Hans Blum, mit seinen „Lügen der Sozialdemokratie“, einem in den Kreisen der Bourgeoisie vielerbreiteten und vielgelesenen Buche; als Zweiter kommt hinzu der schneidige junge Hamburger Staatsanwalt Dr. Komen, der die Behauptung aufstellte: „die meisten Jungen seien Sozialdemokraten und hielten sich infolge ihres Parteiprogramms und vieler in den sozialdemokratischen Schriften ausgesprochener Grundsätze berechtigt, auf den geleisteten Eid Unwahreres zu sagen, da von der Partei der Eid für null und nichtig erklärt werde.“ Als dritter im Bunde marschirt der Polizeikommissar Stammwitz aus Breslau, der gelegentlich einer Strafkammer-Verhandlung sagte: „Der Sozialdemokratie sei kein Eid heilig!“ Heute stehen wir jedoch hier, um über einen Fall zu debattiren, wo ein hervorragendes Mitglied des Reichstages eine Meinung ausgesprochen hat, die um vieles schlimmer ist, als alle anderen. Es ist der Fall Schmidt. Der Referent fragt, ob der Landgerichts-Direktor Schmidt anwesend ist. Da dies verneint wird, liest er folgenden Brief vor, der an Herrn Schmidt abgeschickt wurde:

Breslau, 10. September 1892.

Mein Herr!

Auf Veranlassung der heutigen Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei lade ich Sie hiermit zu der am Montag, den 12. September d. J., Abends 8 Uhr, im Saale des Weihen Hirschs, Scheiningerstraße 19-21, stattfindenden Parteiversammlung ein mit dem Bemerkten, daß Sie dort Gelegenheit haben werden, Ihre Behauptung zu beweisen, daß die sozialdemokratische Parteileitung den Meineid begünstige.

Ihr Nichterscheinen wäre gleichbedeutend mit der Erklärung Ihrerseits, die Unwahrheit gesprochen zu haben.

J. A.: Karl Thiel, Redakteur der „Volkskraft“.

(Stürmischer Beifall) Da der Landgerichts-Direktor trotz dieser Einladung, die ihm eingeschrieben zugegangen, nicht erschienen ist, so muß vieles ungesprochen bleiben, weil er sich nicht vertheidigen kann. Der Referent legt nun den Fall noch einmal klar, wie er sichgetragen hat, und fährt dann fort: Die Schmidt'sche Aeußerung wiegt um so schlimmer, da, trotzdem doch erst vor ganz kurzer Zeit „Vorwärts“, Parteileitung und Massenversammlungen energischen Protest gegen eine derartige Meinungsäußerung eingelegt haben, ein Landgerichts-Direktor wieder damit kommt. Die Sozialdemokratie hat von Anbeginn ihres Auftretens an gegen die schmutzigen Angriffe zu kämpfen gehabt. Die Attentatsperiode im Jahre 1878 bot willkommenen Anlaß, den Ehrenschild unserer Partei zu besudeln. Man wollte uns einen Hodel, den Parteigenossen eines Stücker, einen Nobiling, der sich zur national-liberalen Partei bekannte, an die Nothhülfe hängen! So fuhr man denn im Laufe der Jahre fort, uns zu verdächtigen. Mit solchen niederträchtigen Mitteln kann man jedoch eine Kulturbewegung, wie die unserer, nicht dämpfen. Nicht die Beschuldigungen aller Landgerichts-Stühle der Welt sind im Stande, den Schild der Sozialdemokratie zu beschmutzen. Aber wir wissen ja, daß ein Sprüchwort lautet: „Verleumde lügen, etwas bleibt doch hängen!“ Für die ganze vielbehauptete „Verherrlichung des Meineides“ wird eine Quelle zitiert. Sie stammt aus den achtziger Jahren, wo der „Sozialdemokrat“ einem unschuldig wegen Meineids verurtheilten Genossen ein freudiges Willkommen zugerufen hatte. Die betreffende Notiz steht in der „Politischen Rundschau“ des „Sozialdemokrat“ vom 29. Juli 1882 und lautet: „Willkommen dem Zuchtstänbler, willkommen dem Meineidigen! So ruhen wir aus vollem Herzen unserem modernen Genossen Karl Ipsen entgegen, der am 2. Juli das Zuchthaus verläßt, nachdem er daselbst 2 1/2 Jahre als Meineidiger gefessen. Verflucht der bürgerlichen Ehrenrechte, tritt unser Genosse hinaus aus dem Zuchthaus in die Freiheit; auf fünf Jahre hinaus hat man ihm das Brandmal der politischen Ehrlosigkeit aufgedrückt, ausdrücken wollen. Aber nicht er ist es, der sich an dem vergangen hat, was man Gesetz der Ehre nennt, sondern diejenigen, die über ihn zu Gericht gessen, die sich keine Richter nannten. Darum nochmals: Willkommen dem Zuchtstänbler!“ Mit diesen Worten hat man also nur einem nach der Meinung vieler unschuldig verurtheilten Manne eine gewisse Genugthuung bereiten wollen, und es ist das auch die einzige Stelle im „Sozialdemokrat“, in der von dem Meineide die Rede ist und welche mißverstanden werden kann, wenn man mißverstehen will. Nun wird in der letzten Zeit von der gesegneten Presse vielfach auf neuerliche den Meineid betreffende Aeußerungen des Berliner „Sozialist“ Bezug genommen, worin dem Meineid das Wort geredet wird. Dieser „Sozialist“ ist aber gar kein sozialdemokratisches Blatt, sondern das Organ jener Leute, welche gelegentlich des letzten Parteitagess mit Schimpf und Schande aus der sozialdemokratischen Partei ausgestoßen worden sind. Auch hat der „Sozialist“ selbst anerkannt, daß das leitende Organ der „Sozialdemokratie“, der „Vorwärts“, seine Anschauungen bezüglich der Eidspflicht nicht billigte, sondern die gegentheilige Ansicht kundgab.

Doch drehen wir den Spieß einmal um und sehen wir uns die Ordnungsbreiter an! Wie jämmerlich steht da Hans Blum da. Mühte er nicht in der Verhandlung in Halberstadt, wo er dem Genossen Osterburg gegenüberstand, zugeben, daß er unwahr gewesen in seinen „Eigenen“? Genosse Zühl führt nun eine ganze Reihe von Personen aus der Bourgeoisie an, die sich eines Meineids bzw. Faltscheldes schuldig gemacht hätten, z. B. die Ehren-Polizeipolizei während des Sozialistengesetzes, ein Schröder, Haupt, Thring-Mahlow, Raporra, wie viel Meineide mögen sie geleistet haben! Es giebt aber noch andere Leute. Da ist der Hofprediger Stöder, der Amtsrichter Diebmann zc. Man sieht, die Reihe ist ganz stattlich. Außerdem weist der Redner an der Hand der Statistik nach, daß gerade in den Gegenden, in welchen die Sozialdemokratie nicht vertreten ist, am meisten Meineide geschworen werden. Aus den Versicherungen des „Sozialist“ will man uns den Strich ziehen, eines Organs, welches uns Sozialdemokraten, wie gesagt, rein gar nichts angeht. Durch die neuerliche Verleumdung unserer Partei ist das Gesetz gräßlich verletzt, aber es verleiht auch uns in dieser Beziehung Schutz. Nicht scharf, nicht wuchtig genug können solche Uebergresse zurückgewiesen werden. Nach allem hat hier der Staatsanwalt auf Grund des § 336 des deutschen Strafgesetzbuchs einzuschreiten, welcher bestimmt: „Ein Beamter oder Schlichter, welcher sich bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtsache vorsätzlich zu Gunsten oder zum Nachtheil einer Partei einer Beugung des Rechtes schuldig macht, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft.“ Wir müssen sorgen, daß das Gesetz uns schützt, sonst werden wir zu Staatsbürgern zweiter Klasse gestempelt und rechtlos gemacht. Die vom Referenten vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Vortrag war häufig durch lauten Beifall unterbrochen. Nach der Annahme der Resolution, deren Wortlaut die Leser des „Vormärts“ in der heutigen „Politischen Uebersicht“ finden, erhub sich ein wahrer Beifallssturm. Nachdem noch die Genossen Emil Mayer und Herfischel (Guttmacher) zu Delegierten für den Berliner Parteitag gewählt und einige andere Angelegenheiten erledigt worden waren, wurde die mühselt verlaufene Versammlung mit dem brausenden Gesänge der Arbeitermarxialaise geschlossen.

Der Magistrat von Brandenburg hat der sozialdemokratischen „Brandenburger Zeitung“ die in Sachen der Cholera erlassenen Bekanntmachungen gleichfalls nicht zugehen lassen. Das wurde von einer Volksversammlung, in welcher Reichstags-Abgeordneter Kuer über den bevorstehenden Parteitag gesprochen hatte, scharf genehmigt mit der ganz richtigen Begründung, daß es, wie sich in Hamburg zeigt, gerade „immer die Arbeiter sind, welche hienun Gefahr im Verzuge, nur allein den Muth haben, für die Allgemeinheit einzutreten.“ Dieser lehreren Anschauung muß der Brandenburgische Magistrat wohl selbst beipflichten, denn er hat den Vorschlag des Vertrauensmanns gebilligt, einen Arzt zu stellen, welcher einen Anzähl sich freiwillig meldender Arbeiter Unterweisung in der Behandlung Choleraerkrankter erteilt. Dazu sind natürlich die Sozialdemokraten gut genug. Man möchte fast bedauern, daß sie für dieselbe „Allgemeinheit“, von deren Organen sie in jedem Betracht über die Achsel angesehen werden, ihre Haut zu Markte tragen.

Leber die Parteiverhältnisse Ost- und Westpreussens schreibt man der Breslauer „Volkswehr“: „Die Provinzen Ost- und Westpreussen zerfallen in dreißig Wahlkreise, deren Stimmenverhältnis das folgende ist: Bei der 1887er Wahl wurden im Ganzen abgegeben 479 080 Stimmzettel, darunter allein 207 988 konervative, 70 333 polnische, 60 080 freisinnige, 86 522 ultramontane, 37 192 reichsparteiliche, 33 814 national-liberale und 12 777 sozialdemokratische. Diese Stimmen hatten zur Folge, daß 18 konervative, 3 polnische, 3 reichsparteiliche, 3 national-liberale, 2 ultramontane und 1 freisinniger Abgeordnete gewählt wurden.“

Bei der 1890er Wahl wurden im Ganzen abgegeben 457 195 Stimmzettel, darunter 188 841 konervative, 91 259 freisinnige, 90 656 polnische, 33 396 ultramontane, 28 942 reichsparteiliche, 27 883 sozialdemokratische und 26 188 national-liberale. Diese Stimmen hat zur Folge, daß 16 konervative, 6 polnische, 3 ultramontane, 3 reichsparteiliche, 1 freisinniger und ein 1 sozialdemokratischer Abgeordnete gewählt wurden.

Selten wie das Ergebnis beider Wahlen nebeneinander, so sehen wir vor allem, daß im Jahre 1890 ein Rückgang an der allgemeinen Wahlbeteiligung von im Ganzen 21 945 Stimmen zu verzeichnen ist, während die Beteiligung an den Wahlen in ganz Deutschland 1890 bedeutend stärker als 1887 war. Während nun sonst im Allgemeinen jene Stimmen, welche 1890 für die Ordnungsparteien verloren gingen, der Sozialdemokratie ausnahmslos zu Gute kamen, sehen wir dies in Ost- und Westpreussen nur zum Theile bestätigt — nahezu 22 000 Wähler enthielten sich der Abgabe ihrer Stimmzettel ganz. Aus dieser Thatsache allein ist deutlich ersichtlich, daß die sozialdemokratische Propaganda in den genannten Provinzen sehr viel zu wünschen übrig ließ.

Das hat sich nun leider bis heutigen Tages im Allgemeinen nicht sonderlich geändert. Es gilt auch heute noch als ein auskömmliches Unternehmen, in Ost- und Westpreussen eine regelrechte Agitation zu entfalten. Jedoch mit Unrecht, wie es uns dünkt. Überdies — billige Vorbeeren giebt es dort nicht zu ernten; der Boden ist ungenügend hart und das unverdrossene Aehren nicht Jedermanns Sache. Allein wir Sozialdemokraten haben bereits weit schwerere Dinge fertig bekommen und haben schon über weit mächtigere Gegner triumphirt, als sie uns jemals in Ost- und Westpreussen entgegenzutreten könnten. Auch dort ist der Unverstand der Massen nicht größer, als anderswo.

Um diesen zu belegen, bedarf es lediglich des festen Willens und der unermüdblichen Agitation. Da nun aber die ansässigen Parteigenossen viel zu schwach sind, aus eigenen Kräften erfolgreich eine planvolle Agitation zu entfalten, so erwächst unseres Erachtens nach der Parteileitung die Pflicht, hier nach besten Kräften helfend und fördernd einzugreifen. Auch der in Berlin bestehende Verein der Ost- und Westpreussen könnte dazu erfolgreich herangezogen werden.

In einzelnen Städten des „dunklen Erdtheils“ ist bereits der Kern einer Parteidemokratie vorhanden. In Königsberg, Elbing, Danzig, Lissa und Memel giebt es theils gewerkschaftliche, theils politische Organisationen, theils beide zusammen, aus denen heraus sich die Agitation entwickeln kann. Am weitesten fortgeschritten ist natürlich Königsberg, welcher Stadt wohl auch die Leitung der politischen Bewegung in Ost- und Westpreussen gebühre. Selber haben die Königsberger Genossen sehr unter der Locksperrung zu leiden. Eine Folge derselben ist der Indifferentismus auch in Genossenschaften, dem wohl auch die Schuld an dem Eingehen eines eigenen Organs zum großen Theil zuzuschreiben ist.

In den Wahlkreisen Pr.-Holland-Mohrungen, Maginit-Billkassen, Angerburg-Löben, Clejko-Lyd-Johannisburg, Sensburg-Ortelburg, Rosenburg-Löbau, Schwed und Schölan-Platow kennt man die Sozialdemokratie nicht einmal dem Namen nach. In dem westpreussischen Wahlkreise Deutsch-Krone wurden 1887 49 Stimmen abgegeben, 1890 gar keine!

Das heißt mit anderen Worten: der dritte Theil aller ost- und westpreussischen Wahlkreise ist die unumschränkte Domäne der sogenannten „Ordnungs“-partei! Das soll und muß anders werden!

Hier ist noch ein übermäßig großes Feld für gedehliche Agitationsarbeit vorhanden, und in allererster Linie muß die sozialdemokratische Presse der benachbarten Provinzen versuchen, dort unten im „dunklen Erdtheil“ festen Fuß zu fassen als Pionier der modernen Kultur.

Vorstehende Ausführungen enthalten gewiß sehr viel Wichtiges und insofern unser Breslauer Parteiorgan, dessen derzeitiger Redakteur ja ein Opponent ist, es ermöglicht, lesen Sie im „dunklen Erdtheil“ zu lassen, so gratulieren wir aus vollem Herzen

dozu. Ein schweres Stück Arbeit ist es da noch zu verrichten und um es mit Erfolg ausführen zu können, ist vor allem notwendig, daß unsere Genossen in den großen Städten der Ost- und Westprovinz selber ihren Aufgaben in noch höherem Grade gerecht werden, als dies bisher der Fall war. Wenn es nicht gelingt, die größeren in der Provinz liegenden Städte zu sichern, die Stützpunkte der Agitation zu machen, durch bloße Einwirkung von außen kann das gesteckte Ziel nicht erreicht werden. Es ist hier nicht der Platz, zu untersuchen, warum wir diesem Ziel nicht schon näher gerückt sind, doch glauben wir ausdrücklich zu dürfen, daß die Genossen einzelner Orte nicht ganz frei von Schuld zu sprechen sind. Besonders störend haben sich bisher lokale Händereien und Eifersüchteleien erwiesen. Wollen wir hoffen, daß sich dies in Zukunft bessert, dann werden uns die nächsten allgemeinen Wahlen auch aus Ost- und Westpreussen andere Ziffern bringen.

### Polizeiliches, Gerichtliches zc.

Gastanktritt. Am 20. September treten die Parteigenossen Fritz Kunert, Pape und Kähler im Halle'schen Gefängnis die einmonatliche Strafe an, welche jedem von ihnen wegen Verhätens einer nicht angemeldeten Versammlung während des Sozialistengesetzes vom Magdeburger Landgericht zuerkannt wurde. Das Halle'sche Gericht hatte seinerzeit in derselben Sache aus Freisprechung erkannt, das Reichsgericht aber verwies den Prozeß zufolge der eingeleiteten Revision nach Magdeburg und dort erkannte das Gericht auf die zulässig niedrigste Strafe, weil das Sozialistengesetz aufgehoben ist.

Zu 6 Wochen Gefängnis wurde in Saalfeld der Redakteur des dortigen „Volksblatt“, H. Veder, verurtheilt, weil er durch zwei Artikel gegen die §§ 180 und 183 des Strafgesetzbuchs verstoßen haben soll. Ferner wurde die Beschlagnahme und Vernichtung der am Verlagsorte noch vorhandenen Exemplare der betr. Nummer (124) des „Saalfelder Volksblatt“ ausgesprochen. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängnis beantragt.

## Lokales.

Den Mitgliedern der Sanitäts-Bezirkskommissionen werden in den nächsten Tagen durch das hiesige Polizeipräsidium „Legitimationskarten“ ausgestellt werden, und zwar geschieht dies auf vielfache Klage dieser Funktionäre, weil in den letzten Wochen Hausbesitzer und Hausbewohner sich geweigert haben, den Anordnungen dieser Herren, weil dieselben nicht amtlich kämen, Folge zu leisten.

Aus dem Krankenhaus Moabit. Leider ist wiederum ein Fall der Cholera asiatica in Berlin vom geistigen Tage zu konstatiren, doch können wir zur Beruhigung unserer Leser mittheilen, daß auch dieser Fall, der tödlich geendet, nur durch „Einschleppung“ aus dem verheereten Hamburg hervorgerufen worden ist. — Am Holsteiner Ufer ankert seit vorgestern der Schiffsgeheimräth Lindemann (angeblich aus Jerpensleuse) mit seinem Steinkahn, auf welchem sich auch Frau und Kinder des L. befanden. — In der Nacht vom Montag zu Dienstag erkrankte plötzlich der älteste Sohn, der 23jährige Robert L. unter choleraähnlichen Erscheinungen, ein Arzt wurde erst hinzugerufen, als der junge Mann nach kaum achtstündigem Seiden gegen 8 Uhr Dienstag Morgen gestorben war. — Auf polizeiliche Anordnung wurde die Leiche des L. nach dem Krankenhaus Moabit geschafft und hier wurde festgestellt, daß L. an der Cholera asiatica gestorben sei. Infolge dessen ist sofort die gesamte L'sche Familie, sowie die Schiffsmannschaft des L. und der Schiffseigentümer Schröder, dessen Hauptquartier nahe dem Lindemannschen gelegen und der in der letzten Stunde dem Sterbenden beigegeben, zur ärztlichen Beobachtung nach Moabit eingeliefert; doch, haben sich bei allen diesen Personen Krankheitserscheinungen noch nicht gezeigt. Außer diesem wurden im Laufe der letzten 24 Stunden noch 8 Personen in das Krankenhaus überführt, darunter befanden sich zwei Schifferknechte aus Böhlensee, welche sich selbst gemeldet, weil sie sich unwohl fühlten. Lindemann soll vor zwei Wochen aus Hamburg abgefahren sein und hat dann unterwegs ein Päckchen Steine nach Berlin eingebracht. Die diesbezüglichen Untersuchungen der Sanitätspolizei sind in vollem Gange, der L'sche Kahn wurde noch am Dienstag desinfizirt.

Selten der G. Bezirkshauptmannschaft der hiesigen Polizei (Moabit) sind nunmehr auch an die einzelnen Bewohner dieses Stadttheils Fettel vertheilt worden, um jedem Einzelnen die Abwehr- und Verhaltungsmaßregeln gegen die Cholera auf diesem Wege unentgeltlich zugänglich zu machen.

Um jede mögliche Verbreitung der Cholera Gefahr durch die aus allen Theilen des Reiches eingehenden Quittungen s b ü c h e r zu verhüten, läßt der Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin seit dem 2. September die Desinfektion aller bei ihm eingehenden Quittungsbücher in der städtischen Desinfektionsanstalt I (Reichenbergerstraße) vornehmen. Sorgfältige Versuche haben ergeben, daß eine Beschädigung der Karten oder eine Lösung der Marken nicht zu befürchten ist. Außerdem hat das königl. Polizeipräsidium auf Ersuchen des Vorstandes Anordnungen über die Vernichtung von Quittungskarten Choleraerkrankter erlassen.

Essentielle Desinfektionsanstalten, die in der heutigen Zeit eine gewichtige Rolle spielen, besitzt Berlin erst seit dem Jahre 1886. Die von Robert Koch, Gaffky und Köster im Kaiserlichen Gesundheitsamt angestellten Versuche hatten ergeben, daß heiße strömende Wasserdämpfe von mindestens 100 Grad C. im Stands seien, in verhältnismäßig kurzer Zeit auch die widerstandsfähigsten infektiösen Mikroorganismen zu zerstören. Nach diesem Prinzip ist i. J. das Desinfektionsverfahren im städtischen Krankenhaus in Moabit umgewandelt worden. Als die im Jahre 1884 in Frankreich ziemlich heftige Cholera schleunige Vorkehrungsmaßregeln zum Schutze gegen die Epidemie ergriffte, wurde beschlossen, zwei essentielle Desinfektionsanstalten mit je drei großen Schimmel'schen Dampf-Desinfektionsapparaten, und zwar die eine in dem neuen Hof für Obdachlose, die andere in der Reichenbergerstraße zu errichten. Die Einrichtung ist wesentlich nach den Angaben des Direktors Marke vom Moabit Krankenhaus erfolgt. Der Desinfektionsraum der Anstalt ist in zwei hermetisch abgeschlossenen Hälften getheilt. In der einen Hälfte werden die infizirten Gegenstände in die Apparate verladen, in der anderen aus derselben herausgenommen. An den eigentlichen Desinfektionsräumen reichen sich vollständig von einander abgesonderte Aufbewahrungsräume für infizirte und desinfizirte Gegenstände an. An der Mittelwand dieser Räume haben dreitägige Reyalde Plak gefunden, deren untere Abtheilungen für Wäsche und Kleidungsstücke bestimmt sind, während die beiden oberen Stagen für die Aufnahme von Matratzen, Strohsäcken, wollenen Decken zc. dienen. Das Prinzip der Trennung infizirter Gegenstände von den desinfizirten ist aufs Strengste durchgeführt, jede Berührung ist absolut ausgeschlossen. Der Desinfektionsprozeß geht in der Weise vor sich, daß nachdem ein eiserner Wagen, mit den zu desinfizierenden Gegenständen beladen, in den Apparat geschoben und die Thüren verschlossen worden, der Apparat angeheizt und dann nach Schließung der Zuführungs- und Abzugsöffnungen aus einem durchlöcherichten Rohr mit direkt einströmendem gespannten Dampf beschickt und zum Schluß nach Abstellung des direkt wirkenden Dampfes noch kurze Zeit bei geöffneten Zuführungs- und Abzugsclappen ventillirt wird. Es wird durch Thermometer genau kontrollirt, daß die Temperatur von mindestens 100° C. überall er-

reicht wird. Der ganze Desinfektionsprozeß ist in ca. 1 1/2 Stunden beendet. Trockene Gegenstände werden in einer halben Stunde sicher desinfizirt, das Nachventiliren erfordert 10 Minuten Zeit, und Beladen und Entladen der Apparate beansprucht je eine Viertelstunde. Bei sehr voluminösen Gegenständen wird die Dauer der direkten Dampfströmung bis auf eine Stunde ausgedehnt. Weiße Desinfektionsanstalten haben genau dieselbe Einrichtung.

Den hiesigen Privatschulen werden nach vorheriger Vereinbarung mit der Verwaltung der städtischen Parksdeputation Plangen aus der botanischen Abtheilung für den Anschauungs-Unterricht in diesen Schulen gegen eine zu vereinbarende Entschädigung geliefert. Im verflossenen Geschäftsjahre haben diese Entschädigungen im Ganzen 1270 Mark betragen. Das Gebäude für den Anbau der Plangen zum Anschauungs-Unterricht ist durch den Ankauf von 11523 Quadratmetern des Grundstücks Panstraße 39/40 erweitert worden.

Recht unangenehme Erfahrungen hat ein Privatdozent aus Cincinnati am Montag auf dem Stettiner Bahnhofs machen müssen, weil ihn sein — Koffer als „Cholera-verdächtig“ denunzirt hat. Er war mit dem Stettiner Zuge aus Greifswald hier angekommen; als er auf seinen Gepäckschein hin seinen Koffer an der Gepäckausgabe holen wollte, wurde ihm bedeuht, daß er sich nach der Bahnhofsstraße zu begeben habe. Dort wurde ihm mitgetheilt, daß er nicht aus Greifswald, sondern aus Umwegen aus Hamburg käme und somit als Choleraverdächtig zu behandeln sei. Vergebens protestirte der Privatdozent gegen diese Behauptung, zeigte seine Papiere vor, aus welchen hervorging, daß er sich bereits seit dem 27. Juni in Greifswald befunden und direkt aus dieser Stadt komme! Aber auf dem Dedeck des Koffers stand die Aufschrift der Bahn-Gepäckverwaltung „Hamburg“, und so blieb dem Gelehrten, welcher der deutschen Sprache nur mangelhaft mächtig ist, nichts übrig, als resignirt die Ankunft des Koffers zu erwarten, der ihn auf seine „Choleraverdächtigkeits“ hin untersuchte und die volle Gesundheit des Reisenden konstatierte. Wie sich nun herausstellte, hatte der Privatdozent, der im Juni in Hamburg gelandet und sich direkt von dort nach Greifswald begeben hatte, vergessen, damals die Gepäckschrift „Hamburg“ zu entfernen.

Prompte Krankenbeförderung. Wir erhalten folgendes Schreiben:

Herrn (Dienstag), Abends 8 Uhr, fiel vor dem Hause Andreasstr. 72 ein dem Aufsehere nach invalider Arbeiter (demselben fehlten die Finger der linken Hand) hin, und konnte derselbe sich auch nicht wieder erheben. Durch die Hilfe meiner Kollegen und meiner Benigkeit wurde dann derselbe nach dem Hausflur gebracht, und versuchten wir durch Einschleppen von Kognal denselben zum Bewußtsein zu bringen, was uns aber nicht gelang. Ein von mir aufgeforderter, am Andreasplatz postirter Schuhmann, weigerte sich das Weitere zu veranlassen, mit dem Bemerkung, ich solle mir weiter unten in der Andreasstraße einen anderen suchen, da er seinen Platz nicht verlassen dürfte. Mehr Glück hatte ich bei einem an der Breitenstraße stehenden Schuhmann, der sich bereit erklärte, Herrn Dr. Rahmer zu holen, welcher auch sofort erschien, und einen epiletischen Anfall konstatierte. Um 8 Uhr 36 Minuten eilte ein Schuhmann auf den Wunsch des Arztes nach der in der Kleinen Andreasstraße befindlichen Polizeiwache, um von dort aus einen Krankenwagen zu besorgen, und, man sollte es gar nicht für möglich halten, nach einer Stunde und 36 Minuten war derselbe schon zur Stelle.

Man möchte sich, mir doch die Frage erlauben, war in einem solchen Fall der am Andreasplatz postirte Schuhmann nicht berechtigt mitzukommen, oder war seine Anwesenheit dort nöthiger als bei dem Kranken?

Und im Weiteren sind das die neu getroffenen Vereinbarungen mit den Besitzern von Krankentransportwagen, daß sie erst nach 1 1/2 Stunden einzutreffen brauchen? Dann möchte ich erst mal sehen, wenn die Cholera epidemisch hier auftritt.

Dieses Schreiben ist gewiß beachtenswerth. Schon daß die freiwillige Hilfsfähigkeit des Publikums durch solche Saumseligkeit abgeschreckt wird, ist zu beklagen.]

Ähnlich wie die „Inkunst“ bestehen noch andere Unternehmungen, die den Vereins-Namen führen, während in Wirklichkeit der ganze „Verein“ vollständig in den Händen eines einzelnen Unternehmers ist. Die Statuten, die Generalversammlungen u. s. w. sollen nur in den Mitgliedern den Schein weden, als hätten sie es mit einem „Verein“ zu thun. Vor uns liegt ein Statut des „Unterstützungs-Vereins“ für herrschaftliche Diener, Portiers, Kutscher, Gärtner, Jäger und Reibjäger zu Berlin.

§ 24 besagt: Der Vorstand besteht aus dem Vorstehenden und dessen Stellvertreter, dem Schriftführer und dessen Stellvertreter, Kendant und Stellvertreter und einem General-Revisor.

§ 25 lautet: Die Leitung und Verwaltung des Vereins übernimmt der Vorstand, welcher aus dem Vorstehenden, Herrn Fr. Schröder, welcher zugleich Geschäftsinhaber des Vereins ist, und den von ihm zu wählenden Vorstandsmitgliedern besteht. Der Vorstehende ist Geschäftsinhaber dieser Vereinigung und hat über Alles zu bestimmen, was auf die Leitung und Verwaltung Bezug hat, und genügt seine alleinige Unterschrift zu Allen.

Herr Fr. Schröder hat also Alles zu bestimmen, er ernennt selbst seinen General-Revisor. Nach § 27 kann er auch jederzeit Statutenveränderungen vornehmen. Nach jedem Vierteljahrbeschlusse der Vorstände ein Achtel des Vereinsvermögens statutenmäßig in seine Tasche und der Ueberschuß fließt zur Hälfte zur Unterstützungskasse, zur Hälfte soll er zu Verwaltungskosten verwendet werden, also auch für Herrn Fr. Schröder und seine Geschöpfe. Da Herr Fr. Schröder auch nach Belieben jederzeit die Statuten ändern kann, kann er auch ebenso bestimmen, daß er statt ein Achtel, auch die Hälfte des Vereinsvermögens für sich behalten kann. Der § 31 des Statuts bestimmt, daß eine Auflösung des Vereins nur durch Beschluß sämtlicher Mitglieder erfolgen kann, und daß der Vorstand, d. h. Herr Fr. Schröder über die Verwendung des Vermögens des Unterstützungsvereins bestimmt.

Wer sich von dem Mumpth dieser „Vereins“ zum Beitritt vertheilt läßt, hat zunächst 2 M. Aufnahmegebühren, 1 M. Beitrag und 1 M. Sterbegeld zu zahlen. 1 M. Sterbegeld muß bei jedem Todesfälle gezahlt werden. Ein herrschaftlicher Portier, der sich am 23. Februar 1891 in diesen „Verein“ hatte aufnehmen lassen, hatte bei seinem Eintritt die oben erwähnten 4 M. und außerdem noch drei Monatsbeiträge gezahlt, dann aber zu zahlen aufgehört. Der Verein, oder vielmehr Herr Schröder, konnte ihn zwar schon nach einem Monate aus dem Verein wegen nicht erfolgter Beitragszahlung ausstoßen, aber Herr Schröder zog es vor, die Ausstoßung bis zum Juni 1892 zu verschieben und klagt jetzt gegen den Portier auf die Beiträge vom Juni 1891 bis ultimo Juni 1892 im Betrage von 18 M. und auf das Sterbegeld für zwei inzwischen verstorbene Mitglieder.

Wir haben schon oft gewarnt vor allen Unternehmungen, welche ein einfaches Privatgeschäft sind und sich mit dem Deckmantel eines sogenannten „Vereins“ umgeben. Dieser Deckmantel ist der reine Schwindel und die sogenannten Generalversammlungen eine Komödie, da sie in den Hauptfragen nichts zu bestimmen haben. In dem Verein des Herrn Schröder haben sie nicht einmal den Revisor zu ernennen; den Revisor ernennt sich Herr Schröder selbst. Und welche Garantie genähert Herr Fr. Schröder, Wilhelmstr. 50, den Mitgliedern seines „Vereins“? Er sucht sein Geschäft zu machen und seinen Profit zu ziehen — und dazu die Mäcke des „Vereins“. Und dabei schickt Herr Fr. Schröder seinem Statut die Worte voran: „Einer für Alle, Alle für Einen, da ja unser Wahlspruch sagt: Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!“

Eine Enquete über die Arbeitszeit im Handelsgewerbe... Eine Enquete über die Arbeitszeit im Handelsgewerbe will angeblich die Regierung veranstalten...

Gerichts-Beitung.

Höchst widerwärtige Zeugenaussagen traten in einer Verhandlung zu Tage... Höchst widerwärtige Zeugenaussagen traten in einer Verhandlung zu Tage, welche gestern vor dem dritten Straf...

Die wenig ästhetische Spielerei, welche im Volksmunde als „Hinterlader“ bezeichnet wird... Die wenig ästhetische Spielerei, welche im Volksmunde als „Hinterlader“ bezeichnet wird, gelangte in einer Ver...

Das Vogelz ist eine Unart, welche der Franzose mit dem sanfter klingenden Ausdruck „corriger la fortune“ bezeichnet... Das Vogelz ist eine Unart, welche der Franzose mit dem sanfter klingenden Ausdruck „corriger la fortune“ bezeichnet...

Wir können den Mitgliedern dieses „Bereins“ nur den Rath geben... Wir können den Mitgliedern dieses „Bereins“ nur den Rath geben, demselben den Rücken zu kehren...

Die durch Raumangel bedingte Ausquartierung einzelner Abteilungen des Schöffengerichts... Die durch Raumangel bedingte Ausquartierung einzelner Abteilungen des Schöffengerichts aus dem Kriminalgerichtsgebäude...

Die Leiche eines etwa 50jährigen Mannes wurde gestern (Mittwoch) früh um 7 Uhr vom Karlsrufer Bohne im Hundelbühl gefunden... Die Leiche eines etwa 50jährigen Mannes wurde gestern (Mittwoch) früh um 7 Uhr vom Karlsrufer Bohne im Hundelbühl gefunden...

Der Schlächter P. hatte der Kriminalpolizei angezeigt, daß er am Abend des 8. d. M. in der Luisenstraße von unbekanntem Männern überfallen... Der Schlächter P. hatte der Kriminalpolizei angezeigt, daß er am Abend des 8. d. M. in der Luisenstraße von unbekanntem Männern überfallen...

In einem blutigen Gezeck zwischen Mannschaften des 2. Garde-Regiments und Zivilisten... In einem blutigen Gezeck zwischen Mannschaften des 2. Garde-Regiments und Zivilisten — schreibt ein Lokal-Berichterstatter —, wobei drei Soldaten schwer verletzt wurden...

Ueber eine Zunahme der Blitzgefahr ist bereits seit längerer Zeit von verschiedenen Seiten geschrieben... Ueber eine Zunahme der Blitzgefahr ist bereits seit längerer Zeit von verschiedenen Seiten geschrieben und gesprochen worden...

Polizeibericht. Am 13. d. M. Nachmittags wurden auf dem Kreuzungspunkte der Friedrichstraße und der Straße Unter den Einden ein Portier und dessen Ehefrau von einer Droschke überfahren... Polizeibericht. Am 13. d. M. Nachmittags wurden auf dem Kreuzungspunkte der Friedrichstraße und der Straße Unter den Einden ein Portier...

Theater.

Thomas-Theater. Das Fris Reuter'sche Ensemble unter Junfermann's Leitung brachte uns Dienstag, den 18. September, ein dramatisches Stückchen Kleiner Bühnenweert, welches vom Publikum freundlich aufgenommen wurde... Thomas-Theater. Das Fris Reuter'sche Ensemble unter Junfermann's Leitung brachte uns Dienstag, den 18. September, ein dramatisches Stückchen Kleiner Bühnenweert...

„Es sollen“, wie die „Schles. Ztg.“ erzählt, Fragebogen in Umlauf gesetzt werden... „Es sollen“, wie die „Schles. Ztg.“ erzählt, Fragebogen in Umlauf gesetzt werden, die nach den Vorschlägen der Kommission für Arbeiterstatistik ausgearbeitet worden sind...

Der Termin „10. Oktober“ ist zu kurz; die im Handelsgewerbe beschäftigten Personen werden daher in vielen Fällen die Ausfüllung der Fragebogen nicht mit der notwendigen Korrektheit vornehmen... Der Termin „10. Oktober“ ist zu kurz; die im Handelsgewerbe beschäftigten Personen werden daher in vielen Fällen die Ausfüllung der Fragebogen nicht mit der notwendigen Korrektheit vornehmen...

Versammlungen.

Im Naturheilverein II referierte am 9. September Herr Rechtsanwalt E. Volkmar über: „Fesen und Entstehung der Cholera... Im Naturheilverein II referierte am 9. September Herr Rechtsanwalt E. Volkmar über: „Fesen und Entstehung der Cholera, sowie über deren Heilung durch die Naturheilmethode“...

Die öffentliche Versammlung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen am 12. d. M. war einberufen zwecks Wahl von 4 Delegirten zur Streik-Kontrollkommission... Die öffentliche Versammlung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen am 12. d. M. war einberufen zwecks Wahl von 4 Delegirten zur Streik-Kontrollkommission...

In Friedrichberg tagte am 18. d. M. eine Volksoversammlung, in welcher Reichstags-Abgeordneter Tugauer über die Gewerbegerichte sprach... In Friedrichberg tagte am 18. d. M. eine Volksoversammlung, in welcher Reichstags-Abgeordneter Tugauer über die Gewerbegerichte sprach...

Öffentliche Versammlung selbständiger Barbiers, Friseur und Schneidermeister... Öffentliche Versammlung selbständiger Barbiers, Friseur und Schneidermeister am Donnerstag, den 18. September, Abends 10 Uhr, bei Köhlig, Neue Friedrichstr. 41, Tagesordnung: Die Gewerbegerichte wählen.

**Kass- und Diakonikklub** **SA.** Donnerstag, den 16. September, Abends 8 Uhr, bei Tollhof, Döllingerstr. 46: Vortrag des Genossen Treber über „Bedürftige Männer des Jubentums“.

**Journalist.** Verein für Eisenbahnreform, Berlin W., Steglitzerstr. 70. Donnerstag, den 16. September, Abends 8 Uhr: Ordentliche Versammlung im Restaurant „Zum Walden“ am Alexanderplatz, Wagen 8, Eingang gegenüber dem Polizeipräsidium.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Donnerstag Abends 8½–10½ Uhr: Sub-Schule: Jagelbergstr. 43: Unterricht im Rechnen; Sadoh-Schule, Reichensbergerstr. 123: Unterricht in Geschichte (alt); D.H. Schule, Markstr. 31: Unterricht in Rechnen; Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (mittlere) und Chemie. In alle Lehrbücher, mit Ausnahme der Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

**Kass- u. Diakonikklub.** Donnerstag, Dichtgen, Abends 8½ Uhr, bei Schröder, Döllingerstr. 46: Kass-Zeit, Abends 8½ Uhr, Wagenstr. 46, bei Gleich, Sub-Schule, bei Tollhof, Döllingerstr. 46: Vortrag des Genossen Treber über „Bedürftige Männer des Jubentums“.

**Journalist.** Verein für Eisenbahnreform, Berlin W., Steglitzerstr. 70. Donnerstag, den 16. September, Abends 8 Uhr: Ordentliche Versammlung im Restaurant „Zum Walden“ am Alexanderplatz, Wagen 8, Eingang gegenüber dem Polizeipräsidium.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Donnerstag Abends 8½–10½ Uhr: Sub-Schule: Jagelbergstr. 43: Unterricht im Rechnen; Sadoh-Schule, Reichensbergerstr. 123: Unterricht in Geschichte (alt); D.H. Schule, Markstr. 31: Unterricht in Rechnen; Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (mittlere) und Chemie. In alle Lehrbücher, mit Ausnahme der Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

**Karmers, Lindley Herbert,** starb letzter Tage an der Wasserteufe. Vor fünf Jahre waren er, sein Bruder und ein anderer Knabe von einem tollen Hunde gebissen worden. Einige Tage später wurden alle drei Knaben unter die Pasteur'sche Behandlung gebracht. Frederick starb 5 Wochen darauf. Herbert blieb ziemlich gesund, bis er vor etwa 8 Tagen über Schmerzen in Armen und Beinen klagte. Am letzten Sonntag konnte er keine Flüssigkeit mehr zu sich nehmen und Montag brachen die Krämpfe aus. Die Kräfte begannen keine Zweifel, daß der Knabe an der Tollwuth leide. Der Wahrspruch der Totbeschau lautete: „Tod infolge von Wasserteufe infolge eines vor fünf Jahren von einem tollen Hunde erhaltenen Bisses.“

**Hugehendes Aufsehen** erregte im Mai in Catania die Verhaftung der Professoren des dortigen Lyzeums, Giampoli, Squillaci und Intrigialo, welche man beschuldigte, den Eltern zahlreicher Schüler Prüfungsfragen gegen reiches Entgelt vorrathen zu haben. Giampoli hatte sich als Novellist und Uebersetzer einen bedeutenden Namen gemacht. Professor Intrigialo starb unterdessen und die beiden Anderen wurden aus der Haft entlassen. Wie der „N. Fr. Pr.“ berichtet wird, endete der Prozeß kürzlich nach zweiwöchentlicher Dauer, nachdem 140 Zeugen vernommen worden waren, mit der Verurtheilung Giampolis zu sechs Jahren Gefängniß und 2000 Lire Geldstrafe und Squillacis zu drei Jahren Gefängniß und 1500 Lire Geldstrafe.

**Franz Biebarth.** Die Sache ist für uns erledigt. U. B., Greifswalderstraße. Ist nicht vergessen worden. Golen Sie sich das Gewandstück baldigt ab.

**Herlohn, L. Copalle.** Die Sache ist pünktlich unserm Rechtsanwalte übergeben und derselbe heute daran erinnert worden.

**Franz B.** Es giebt keine gesetzliche Bestimmung, welches diejenigen Lieder aufzählt, deren Gesang am Grabe erlaubt oder verboten ist. Die Anschauungen der Polizei sind auch örtlich und zeitlich so verschieden, daß man nie genau voraussagen kann, ob sie das Singen eines bestimmten Liedes gestatten wird oder nicht.

### Depeschen.

**Hamburg, 14. September.** Der vom Senat bei der Bürgerschaft beantragte Kredit von 1 Million Mark ist, wie verlautet, nicht für die Rothleibenden bestimmt, sondern für notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung der Cholera. Der größte Theil dieses Betrages soll bereits verausgabt sein.

**Hamburg, 14. September.** Die hiesige Handelskammer hat an sämmtliche deutschen Handelskörpern ein Rundschreiben gerichtet, in welchem dieselben ersucht werden, gemäß dem ministeriellen Erlaß in Preußen in ihren Bezirken dahin zu wirken, daß von weiteren, über jenen Erlaß hinausgehenden, thatsächlich als überflüssig und nutzlos erwiesenen Beschränkungen des Verkehrs Abstand genommen und baldigst diebzugehörige Bestimmungen der Handelskammern erlassen werden. Die Hamburger Handelskammer weist auf die Thatsache hin, daß, obgleich der Verkehr von Hamburg nach England vollständig aufrecht erhalten worden sei, und der Güterverkehr dazwischen keinerlei Beschränkung erfahren habe, dort keine Cholera-Erkrankung vorgekommen sei.

**Bremen, 14. September.** Die Rettungststation Wangeroog meldet: Am 14. September wurden von der in der Blauen Bolje gestrandeten deutschen Falsch „Antje“ der Schiffer Ranken und die aus 2 Personen bestehende Besatzung durch das Rettungsboot „Großherzogin Alice von Hessen“ gerettet.

**Athen, 14. September.** Postpakete mit der Bezeichnung „Muster ohne Werth“ werden von der Beförderung in das Innere des Landes ausgeschlossen.

### (Depeschen des Bureau Herold.)

**Budapest, 14. Sept.** Die Vertretung der Hauptstadt ernannte Ludwig Kossuth anlässlich seines 90. Geburtstages mit großer Majorität zum Ehrenbürger.

### Briefkasten der Redaktion.

**H. B.** Sie müssen, wenn Sie Ihren Zweck erreichen wollen, Ihre Abneigung vor Schule resp. Privatschulen schon überwinden. Die Arbeiter-Portbildungs-Schule bietet Ihnen die passendste Gelegenheit. Es giebt zwar manche gute Lehrbücher, aber wir können nicht beurtheilen, welches für Ihren Bildungsgang das geeignetste ist.

**W. Sch.** Sie klagen, daß Ihre wiederholten Gesuche an den Magistrat von Berlin Ihnen, da Sie durch Rheuma in den unteren Extremitäten völlig erwerbsunfähig sind, durch Bewilligung von Räten und Medicamenten zu helfen, stets unberücksichtigt geblieben. Es ist nicht ersichtlich, ob Ihnen der Arzt solche verordnet, ebenso wenig theilen Sie mit, in welcher Weise Sie vom Magistrat beschiednen sind.

**E. F. 23.** Sie treffen mich am sichersten Nachmittags zwischen 3 und 5 Uhr bis zum 22. d. M.

**Erben 100.** Die Erben hasten, wenn sie nach 8 Monaten noch kein Nachlassinventar bei Gericht eingereicht haben, woberkannt für alle Schulden, zu deren Bezahlung der Erblasser verpflichtet gewesen wäre, wenn er noch lebte. Ob die Erben erst jetzt Kenntnis von den Schulden erhalten haben oder um dieselben schon früher wußten, ist rechtlich ohne Einfluß.

**Hermann Knapp, Schriftseher.** Ihrem Wunsche kann um so weniger entsprochen werden, als Sie ja Fachblätter genug zur Verfügung haben.

**H. W. 21.** Genane Auskunft erhalten Sie im Hebammen-Institut in der Charitee. Wenn Ihre Tochter sich dort zur Ausbildung meldet, wird sie auch erfahren, welche Anforderungen an sie gestellt werden.

**E. W. 12.** Ob die Wittwe eines durch Unfall Verunglückten geschämt und hilflos ist, kommt bei der Unfall-Versicherungsgrenze gar nicht in Betracht. Die Wittwe hat 20 pCt. von Arbeitsverdienste des Mannes zu beanspruchen, gleichviel ob sie gesund oder krank ist.

**Ein alter Abonnent.** Anonyme Mittheilungen können nicht berücksichtigt werden.

**C. R.** Der Steuererheber ist zu den betreffenden Mahngeldgebühren berechtigt.

**Kl.** Im redaktionellen Theil können die Vereinsanzeigen des Klubs nicht aufgenommen werden.

**L. Annesstr. 7.** In diesem Falle gilt die Mutter als geschlechtlich bescholten, so daß für das Kind keine Klimente zu zahlen sind.

**K. A., Müllerstr. 34.** Das Kind ist noch bis zum Oktober schulpflichtig.

**Alter Abonnent.** Sie gehören, gleichviel wie hoch Ihr Arbeitsverdienst ist, der 3. Lohnklasse an und haben nur 24 Pfg. zu zahlen.

**Schlesischestraße.** Aus Ihren Angaben läßt sich nicht ersehen, ob dem Withe noch ein Miethanspruch zusteht und ob er demgemäß zur Retention von Sachen berechtigt ist. Zu mündlicher Auskunft sind wir bereit.

**L. D., Oberbergerstr.** Sie müssen auf alle Fälle die Jaquetts an die Firma herausgeben, da Ihnen resp. Ihrer Tochter ein Lohnanspruch nicht gegen die Firma, sondern nur gegen den Schneider zusteht. Die Lohnfrage ist beim Amtsgericht anzuregen. Vielleicht können Sie eine Forderung des Schneiders gegen die Firma mit Beschlag belegen.

**C. S. 13.** Ihre Angaben sind zu wenig ausführlich, um eine genaue Rathsertheilung zu ermöglichen. Zu mündlicher Auskunft sind wir bereit.

**Nr. 23.** Für Kaufleute resp. Handlungsgehilfen besteht zur Zeit noch kein Krankenversicherungsgesetz. Vom 1. Januar ab wird dies anders.

**H. A. Ruhelplatzstraße.** Es fragt sich zunächst, ob der Hausverwalter Vollmacht des Wirths zur Entgegennahme von Kländigungen hatte. Event. nehmen die meisten Gerichtsabtheilungen jetzt an, daß Kländigkeit am 1. Juli rechtzeitig ist; doch sind auch manche Richter entgegengezetter Ansicht.

**Javalidentstraße.** Sie können das Mädchen am Gericht Ihres letzten Wohnortes verklagen und die Klage öffentlich stellen lassen. Dies ist aber mit großen Kosten verbunden und daher nur dann rathsam, wenn der Werth des Unterpfandes Ihre Forderung bei Weitem übersteigt.

**H. A. Kleinereckstraße.** Es kommt auf das Ortsstatut der Gemeindebehörde an, ohne dessen Kenntniß wir Ihre Anfrage nicht beantworten können.

**H. S. 3.** 1. Daß ein Nebenmiether Sie durch Drohungen und Mißhandlungen gefährdet, berechtigt Sie nicht, ohne Klündigung vom Miethkontrakt zurückzutreten.

**J. A.** Von einem Portiervertrag kann jeder Theil sofort und ohne Klündigung zurücktreten. Der Portier muß daher, selbst wenn der Vertrag auf längere Zeit lautet, die Wohnung zu dem Termine, zu welchem ihm gekündigt wird, räumen. Er kann aber, wenn ein rechtmäßiger Grund zur vorzeitigen Klündigung nicht vorliegt, Schadenersatz fordern.

**Alter Abonnent in C. Rh.** Sie haben keine Aussicht, Unfallrente zu erhalten. Eine sogenannte Gewerkehaftigkeit ist kein Unfall im Sinne des Gesetzes.

**M. P. E. 100.** 1. Aus Ihren Angaben läßt sich nicht ersehen, ob der Gutsherr überhaupt verpflichtet ist, Ihre arbeitsunfähig gewordene Mutter zu unterstützen. Ohne Weiteres ist dies nicht anzunehmen. Die Kinder müssen das zum Lebensunterhalt Nöthige besteuern, soweit sie dazu im Stande sind.

**2. Altersrente hat Ihre Mutter nicht zu beanspruchen, da sie nach Ihren Angaben seit 1886 nicht mehr regelmäßig arbeitet.** 3. Es besteht für ländliche Arbeiter kein Krankenversicherungsgesetz.

**G. R., Holzmarktstraße.** Ein Schlafbusche hat das Recht, sich auch Tags über in seinem Schlafraum aufzuhalten. Allerdings muß er sich gefallen lassen, daß der Raum rein gemacht und auch anderweit von den Schlafwörthern benutzt wird.

**Schneider.** Sie brauchen die Schulden Ihres verstorbenen Bruders nur zu bezahlen, wenn Sie dessen Erbin geworden sind. Ob dies der Fall, läßt sich aus Ihren Angaben nicht ersehen.

**G. R. 100.** 1. Nein. 2. Ja. Die Geburtsstätte genügt.

**Berlin.** Der vom Senat bei der Bürgerschaft beantragte Kredit von 1 Million Mark ist, wie verlautet, nicht für die Rothleibenden bestimmt, sondern für notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung der Cholera. Der größte Theil dieses Betrages soll bereits verausgabt sein.

**Bremen.** Die Rettungststation Wangeroog meldet: Am 14. September wurden von der in der Blauen Bolje gestrandeten deutschen Falsch „Antje“ der Schiffer Ranken und die aus 2 Personen bestehende Besatzung durch das Rettungsboot „Großherzogin Alice von Hessen“ gerettet.

**Athen.** Postpakete mit der Bezeichnung „Muster ohne Werth“ werden von der Beförderung in das Innere des Landes ausgeschlossen.

**Budapest.** Die Vertretung der Hauptstadt ernannte Ludwig Kossuth anlässlich seines 90. Geburtstages mit großer Majorität zum Ehrenbürger.

**H. B.** Sie müssen, wenn Sie Ihren Zweck erreichen wollen, Ihre Abneigung vor Schule resp. Privatschulen schon überwinden. Die Arbeiter-Portbildungs-Schule bietet Ihnen die passendste Gelegenheit. Es giebt zwar manche gute Lehrbücher, aber wir können nicht beurtheilen, welches für Ihren Bildungsgang das geeignetste ist.

**W. Sch.** Sie klagen, daß Ihre wiederholten Gesuche an den Magistrat von Berlin Ihnen, da Sie durch Rheuma in den unteren Extremitäten völlig erwerbsunfähig sind, durch Bewilligung von Räten und Medicamenten zu helfen, stets unberücksichtigt geblieben. Es ist nicht ersichtlich, ob Ihnen der Arzt solche verordnet, ebenso wenig theilen Sie mit, in welcher Weise Sie vom Magistrat beschiednen sind.

**E. F. 23.** Sie treffen mich am sichersten Nachmittags zwischen 3 und 5 Uhr bis zum 22. d. M.

**Erben 100.** Die Erben hasten, wenn sie nach 8 Monaten noch kein Nachlassinventar bei Gericht eingereicht haben, woberkannt für alle Schulden, zu deren Bezahlung der Erblasser verpflichtet gewesen wäre, wenn er noch lebte. Ob die Erben erst jetzt Kenntnis von den Schulden erhalten haben oder um dieselben schon früher wußten, ist rechtlich ohne Einfluß.

**Hermann Knapp, Schriftseher.** Ihrem Wunsche kann um so weniger entsprochen werden, als Sie ja Fachblätter genug zur Verfügung haben.

**H. W. 21.** Genane Auskunft erhalten Sie im Hebammen-Institut in der Charitee. Wenn Ihre Tochter sich dort zur Ausbildung meldet, wird sie auch erfahren, welche Anforderungen an sie gestellt werden.

**E. W. 12.** Ob die Wittwe eines durch Unfall Verunglückten geschämt und hilflos ist, kommt bei der Unfall-Versicherungsgrenze gar nicht in Betracht. Die Wittwe hat 20 pCt. von Arbeitsverdienste des Mannes zu beanspruchen, gleichviel ob sie gesund oder krank ist.

**Ein alter Abonnent.** Anonyme Mittheilungen können nicht berücksichtigt werden.

**C. R.** Der Steuererheber ist zu den betreffenden Mahngeldgebühren berechtigt.

**Kl.** Im redaktionellen Theil können die Vereinsanzeigen des Klubs nicht aufgenommen werden.

**L. Annesstr. 7.** In diesem Falle gilt die Mutter als geschlechtlich bescholten, so daß für das Kind keine Klimente zu zahlen sind.

**K. A., Müllerstr. 34.** Das Kind ist noch bis zum Oktober schulpflichtig.

**Alter Abonnent.** Sie gehören, gleichviel wie hoch Ihr Arbeitsverdienst ist, der 3. Lohnklasse an und haben nur 24 Pfg. zu zahlen.

**Schlesischestraße.** Aus Ihren Angaben läßt sich nicht ersehen, ob dem Withe noch ein Miethanspruch zusteht und ob er demgemäß zur Retention von Sachen berechtigt ist. Zu mündlicher Auskunft sind wir bereit.

**L. D., Oberbergerstr.** Sie müssen auf alle Fälle die Jaquetts an die Firma herausgeben, da Ihnen resp. Ihrer Tochter ein Lohnanspruch nicht gegen die Firma, sondern nur gegen den Schneider zusteht. Die Lohnfrage ist beim Amtsgericht anzuregen. Vielleicht können Sie eine Forderung des Schneiders gegen die Firma mit Beschlag belegen.

**C. S. 13.** Ihre Angaben sind zu wenig ausführlich, um eine genaue Rathsertheilung zu ermöglichen. Zu mündlicher Auskunft sind wir bereit.

**Nr. 23.** Für Kaufleute resp. Handlungsgehilfen besteht zur Zeit noch kein Krankenversicherungsgesetz. Vom 1. Januar ab wird dies anders.

**H. A. Ruhelplatzstraße.** Es fragt sich zunächst, ob der Hausverwalter Vollmacht des Wirths zur Entgegennahme von Kländigungen hatte. Event. nehmen die meisten Gerichtsabtheilungen jetzt an, daß Kländigkeit am 1. Juli rechtzeitig ist; doch sind auch manche Richter entgegengezetter Ansicht.

**Javalidentstraße.** Sie können das Mädchen am Gericht Ihres letzten Wohnortes verklagen und die Klage öffentlich stellen lassen. Dies ist aber mit großen Kosten verbunden und daher nur dann rathsam, wenn der Werth des Unterpfandes Ihre Forderung bei Weitem übersteigt.

**H. A. Kleinereckstraße.** Es kommt auf das Ortsstatut der Gemeindebehörde an, ohne dessen Kenntniß wir Ihre Anfrage nicht beantworten können.

**H. S. 3.** 1. Daß ein Nebenmiether Sie durch Drohungen und Mißhandlungen gefährdet, berechtigt Sie nicht, ohne Klündigung vom Miethkontrakt zurückzutreten.

**J. A.** Von einem Portiervertrag kann jeder Theil sofort und ohne Klündigung zurücktreten. Der Portier muß daher, selbst wenn der Vertrag auf längere Zeit lautet, die Wohnung zu dem Termine, zu welchem ihm gekündigt wird, räumen. Er kann aber, wenn ein rechtmäßiger Grund zur vorzeitigen Klündigung nicht vorliegt, Schadenersatz fordern.

**Alter Abonnent in C. Rh.** Sie haben keine Aussicht, Unfallrente zu erhalten. Eine sogenannte Gewerkehaftigkeit ist kein Unfall im Sinne des Gesetzes.

**M. P. E. 100.** 1. Aus Ihren Angaben läßt sich nicht ersehen, ob der Gutsherr überhaupt verpflichtet ist, Ihre arbeitsunfähig gewordene Mutter zu unterstützen. Ohne Weiteres ist dies nicht anzunehmen. Die Kinder müssen das zum Lebensunterhalt Nöthige besteuern, soweit sie dazu im Stande sind.

**2. Altersrente hat Ihre Mutter nicht zu beanspruchen, da sie nach Ihren Angaben seit 1886 nicht mehr regelmäßig arbeitet.** 3. Es besteht für ländliche Arbeiter kein Krankenversicherungsgesetz.

**G. R., Holzmarktstraße.** Ein Schlafbusche hat das Recht, sich auch Tags über in seinem Schlafraum aufzuhalten. Allerdings muß er sich gefallen lassen, daß der Raum rein gemacht und auch anderweit von den Schlafwörthern benutzt wird.

**Schneider.** Sie brauchen die Schulden Ihres verstorbenen Bruders nur zu bezahlen, wenn Sie dessen Erbin geworden sind. Ob dies der Fall, läßt sich aus Ihren Angaben nicht ersehen.

**G. R. 100.** 1. Nein. 2. Ja. Die Geburtsstätte genügt.

### Vermischtes.

**Gerettet.** Die in der Königin Luiseengrube bei Oberfeld infolge schlagender Wetter verschütteten Bergleute wurden gerettet, nur einer mußte in das Knappschafts-Lazareth verbracht werden.

**Jug-Entgleisung.** Ein von Lungenburg nach Trier fahrender Eisenbahn-Jug ist am Dienstag Abend zwischen den Stationen Roodt und Weder entgleist; mehrere Personen, Reisende sowohl als Personal des Zuges sind zum Theil schwer verwundet; dagegen ist Niemand todt geblieben.

**Ordnungs-Expedition.** Ein an den hiesigen Stadthauptmann Astrup in Christiania von seinem Sohne Edwin, Theilnehmer an Mr. Pearcy's Ordnungs-Expedition, eingetroffenes Telegramm bestätigte die glückliche Ankunft der Expedition in St. Johans auf Neufundland. Pearcy und Astrup haben im Frühjahr 1890 engl. Meilen auf dem Inlandssee zurückgelegt.

**Heber Erfolglosigkeit der Pasteur'schen Wuthimpfung** schreibt man der „Frankfurter Zeitung“ aus London: „Der 17-jährige Sohn eines in Cumberland wohnenden englischen

**Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt**  
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Wir empfehlen den Parteigenossen zur Anschaffung:  
**Illustrirter**  
**Neue Welt-Kalender**  
für das Jahr 1893.  
Preis elegant broschirt 50 Pfennig.  
(Mit Gratis-Beilage und Wandkalender.)  
Der Neue Welt-Kalender enthält neben vielen Wissenswertem für's tägliche Leben interessante Aufsätze belehrenden und unterhaltenden Inhalts, Gedichte, Erzählungen, Biographien etc.

erner:  
**Deutscher Handwerker- und Arbeiter-**  
**Notiz-Kalender**  
für das Jahr 1893.  
Einfache Ausgabe: Gebunden 50 Pfennig.  
Feine Ausgabe: Gebunden 75 Pfennig.  
Der Notiz-Kalender für 1893 bringt die Novelle zur Gewerbe-Ordnung und das Krankenversicherungsgesetz in neuester Fassung.

für beide Kalender ist jeder Arbeiter Käufer.  
**Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**  
Alle Buchhandlungen, Kolporture und Zeitungs-Spediteure nehmen Bestellungen entgegen. — Bei Aufträgen von außerhalb wolle man den Betrag (Porto extra) der Bestellung beifügen.

**Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt**  
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Folgende neue Erscheinungen unserer Literatur empfehlen wir den Parteigenossen zur Anschaffung:  
**Robert Owen.**  
Sein Leben und sozialpolitisches Wirken.  
Zwei ausgegrabene Skizzen  
von  
**Wilhelm Liebknecht.**  
72 Seiten 8°. Mit Owen's Porträt und einem Plan.  
Preis broschirt 30 Pfennig.

**Heber**  
**Staatssozialismus.**  
Von Georg von Vollmar.  
48 Seiten 8°. Preis broschirt 20 Pf.

**Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**  
Alle Buchhandlungen, Kolporture und Zeitungs-Spediteure nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von außerhalb eruchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

**C. Königsfeld, Hüben- u. Goldwaaren-Geschäft**  
Reinickendorfer-Str. 69.  
Spezialität: Ringe, größte Auswahl. Reparaturen gut und billig. 26651.

Im Verlag des „Vorwärts“ vorrätzig:  
**Die Geschichte**  
der  
**Kommune von 1871.**  
Von  
**Lissagaray.**  
Zweite, vom Verfasser durchgesehene Auflage.  
Preis brosch. 2,50 M., gebunden 3 M.

Im Verlag des „Vorwärts“ vorrätzig:  
**Die Darwin'sche Theorie.**  
Von  
**Dr. Edward Aveling.**  
Preis brosch. 1,50 M., gebunden 2 M.  
Zuhalten:  
Charles Darwin (Biographie). — I. Die Entwicklungstheorie. — II. Die Abstammung des Menschen. — III. Affe und Mensch.

Im Verlag des „Vorwärts“ vorrätzig:  
**Die Gleichheit.**  
Zeitschrift für die Interessen  
der Arbeiterinnen.  
Preis pro Nummer 10 Pfennig.  
— Für Vereine Rabatt. —

29161. **Sinjejunngs-Anzüge**  
billigst zu beziehen v. 8 M., auch Einzelverkauf. Reinsdorferstr. 244.



Schweizerische Staatswirtschaft.

In den letzten Wochen sind die Staatsrechnungen der Eidgenossenschaft und des Kantons Zürich für das Jahr 1891 erschienen. Wie in Deutschland, so ist bekanntlich auch in der Schweiz das Militärwesen zentralisiert; es wird einheitlich vom Bundesrat geleitet, jedoch nimmt die Ausgabe für dasselbe nicht wie in Deutschland die erste, sondern die zweite Stelle im Staatsbudget ein.

Weitere Einnahmen wurden erzielt: als Ertrag der Liegenschaften und Kapitalien 1 889 473,70 Fr. und von der Bundesbankleihe und dem Bundesgericht 27 506,45 Fr., für Verzinsung und Amortisation der 54 Millionen Franken betragenden Staatsanleihe wurden 2 651 372,85 Fr. verausgabt. Der Nationalrat (Reichstag), der aus 147 Mitgliedern besteht, von denen jedes tägliche Diäten von 20 Fr. erhält, und die Sitzungen seiner verschiedenen Kommissionen kosteten 221 229,40 Fr., mit Uebertragung und Bedienung zusammen 226 739,90 Fr. Der Ständerath, aus 44 Mitgliedern bestehend, die von ihren respektiven Kantonen entschädigt werden, erforderte für Kommissionstätigkeiten z. B. 20 460,85 Fr. Der Bundesrat, aus 7 Mitgliedern bestehend, deren jedes 12 000 Fr. Jahresgehalt und der jeweilige Bundespräsident 15 000 Fr. mehr für Repräsentation erhält, kostete 85 500 Fr. So viel hat seiner Zeit Puttkamer als preussischer Minister allein pro Jahr ca. 7 Jahre lang bezogen. — Weitere Ausgaben sind 419 249,59 Fr. für die Bundesbankleihe und 156 743,55 Fr. für das Bundesgericht (Reichsgericht).

Von den einzelnen Ausgabenposten sind erwähnenswert: 39 154 Fr. für kommerzielle Bildung, 47 000 Fr. an die schweizerischen Vereine im Ausland zur Unterstützung bedürftiger Schweizer, 788 600 Fr. Beiträge an Anstalten (Polytechnikum in Zürich etc.), 20 000 Fr. für das schweizerische Arbeitersekretariat, 48 342 Fr. für das Fabrikinspektorat.

Interessant ist eine statistische Uebersicht des eidgenössischen Staatshaushaltes seit 1850. Danach betragen die

Table with 3 columns: Year, Einnahmen, Ausgaben. Rows for 1850, 1860, 1870, 1880, 1890, 1891.

Die Ausgaben für das Militärwesen betragen 1850: 944 950 Fr., 1855: 1 984 534 Fr., 1860: 3 720 750 Fr., 1865: 4 232 347 Fr., 1870: 3 587 195 Fr., 1875: 13 958 576 Fr., 1880: 14 151 497 Fr., 1885: 17 165 829 Fr. und 1891: 25 294 474 Fr. Der Aufwand für das Militärwesen hat sich demnach innerhalb 41 Jahren um das Fünfundzwanzigfache vermehrt! Die Haupt-Einnahmequelle des Bundes, die Zölle, hat ihre Ertragskraft seit 1850 um das Achtfache gesteigert. Die eidgenössischen Zolleinnahmen betragen: 1850: 4 180 000 Fr., 1860: 5 180 000 Fr., 1870: 8 180 000 Fr., 1880: 17 180 000 Fr., 1891: 31 Millionen Franken. Die Ausgaben für das Unterrichts- und Erziehungs- und Gesundheitswesen betragen in den 25 Kantonen 1856: 26 741 000, 1867: 27 669 303, 1888: 30 482 231 und 1889: 31 695 757 Fr. Integriert sind dabei Bundes-Subventionen von 324 500 Fr. im Jahre 1887 406 149 Fr., in 1888 und 449 747 Fr. im Jahre 1889.

Table showing population statistics by sex and age groups for 1888, 1887, 1888, 1889, 1890, 1891.

Nach dem statistischen Jahrbuch für die Schweiz (1892) betragen die Staatsschulden des Bundes der Kantone

Table with 3 columns: Year, Bundes, Kantone. Rows for 1850, 1860, 1870, 1880, 1890.

Das Staatsvermögen des Bundes betrug 1880: 44 276 000 Fr. und das der Kantone 208 316 000 Fr. Noch viel bescheidener als die Gehälter der hohen eidgenössischen Beamten sind die der hohen kantonalen Beamten. Die Regierungsräte (Minister) des Kantons Zürich beziehen einen Jahresgehalt von je 5000 Fr., der jeweilige Regierungsratspräsident 500 Fr. mehr; die ganze Regierung kostet jährlich 35 500 Fr. — eine Summe, die mancher Bankdirektor oder irgend ein Verwaltungsrath im Jahre als Neben-einnahme neben seinem hohen Gehalte bezieht. Nur einige wenige Beamte des Kantons haben die gleichen Gehälter wie die Minister, die meisten ziemlich viel niedriger. Das ist ohne Zweifel republikanisch ein wenig und doch fehlt es weder den Kantonen noch dem Bund je an geeigneten, fähigen und ehrlichen Männern zur Besetzung der öffentlichen Ämter.

Table with 4 columns: Year, Einnahmen, Ausgaben, Ueberschuss. Rows for 1889, 1890, 1891.

Von den Einnahmen erwähnen wir: Wirtschaftsabgabe 458 086, Anteil am Ertrag des eidgenössischen Alkoholmonopols 618 500, Gebühr für Banknoten-Ausgabe 218 600, Urtis-Bürgersteuer 103 847, Vermögens- und Einkommensteuer 4 261 082, Nachtrag pro 1890: 13 802, Nachtrag der Stadt Zürich 54 231, Erbschaftsteuer 271 944, Steuernachzahlungen 234 075, Hundesteuer 98 410, Ertrag des Staatsgutes 1 229 524, Mieth- und Pachtzins zc. 1 489 463 Fr. u. s. w. Mit den Ausgaben steht das Erziehungs- und Gesundheitswesen in zweiter Linie — in erster das Finanzdepartement — und beträgt der Aufwand dafür im Jahre 1891 2 509 740,29 Fr. In dritter Linie kommt das

Sanitäts- und Armenwesen mit 2 143 855,15 Fr. 100 000 Fr. von dieser Summe wurden ausbezogen als Staatsbeiträge an die unentgeltliche Beerdigung, die einzig im Kanton Zürich gesetzlich eingeführt ist. Direkt für das Armenwesen wurden 186 106,05 Fr. (1890: 182 990,77; 1889: 182 131,65 Fr.) ausbezogen.

Einzig daneben dürfte wohl der Kanton Zürich mit seinem Militärdepartement, das 1891 bei einer Einnahme von 935 743,08 Fr. und einer Ausgabe von 822 338,85 Fr. einen Ueberschuss von rund 113 000 Fr. machte.

Die beiden Vertreter des Kantons Zürich im Ständerathe kosteten 1891: 1964 Fr., der Kantonsrath 47 016,20 Fr. und das Referendum (Volksabstimmung über Gesetze) 6802 Fr.

Das Netto-Vermögen des Kantons Zürich beträgt 31 657 891,02 Fr.

Matrivialarbeiten, wie die deutschen Bundesstaaten, haben die schweizerischen Kantone an den Bund nicht zu leisten; im Gegentheil erhalten sie seit Einführung des eidgenössischen Alkoholmonopols dessen jährliches Reinertragniß von 5-6 Mill. Franken ausbezahlt.

Wäre die Schweiz im Interesse ihrer Sicherheit nicht genöthigt, einen relativ großen Aufwand für das Militärwesen zu machen, um mit ihren waffenstarken, großmächtigen Nachbarn einigermassen im Schritte zu bleiben, was alles könnte nicht mit den alljährlichen 22 bis 25 Millionen Franken, die der Militarismus erfordert, zur Förderung der leiblichen und geistigen Wohlfahrt des Volkes gethan werden. Immerhin ist die demokratische Schweizerrepublik trotz dieser Lasten auf mehr als einem Gebiete allen anderen Staaten um Vorkäuflichkeiten voraus und schreitet auch fortwährend rüstig vorwärts.

Soziale Uebersicht.

Achtung! Möbelpolierer Verkünd!

Laut Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 12. September soll in kürzester Zeit eine Denkschrift ausgearbeitet und dieselbe dem Genossen Dr. Jabel überreicht werden. In dieser Denkschrift sollen in sanitärer Hinsicht die Mischstände, Erörterung finden, welche in unserem Verufe herrschen. Hierzu bedarf es aber einer Menge Material. Es ist jedem Kollegen bekannt, daß den Polierern meist sehr schlechte Arbeitsräume angewiesen werden, Räume, wo Luft und Reinlichkeit viel zu wünschen übrig lassen, trotzdem es Jedem bekannt ist, wie unangenehm es sich mit denaturirtem Spiritus ohnehin schon arbeiten läßt, geschweige denn in schlecht ventilirten Räumen. Außerdem sind wir gezwungen, mit Lappen, alten Strümpfen und dergleichen Zeug zu hantieren, über deren Herkunft man nie im Klaren ist, so daß in Zeiten einer Epidemie die Ansteckungsgefahr für uns besonders groß. Damit nun ein klares Bild geschaffen wird, werden die Kollegen aufgefordert, über Mischstände, welcher Art dieselben auch sein mögen, unverzüglich den Unterzeichneten zu unterrichten und zwar so schnell wie möglich, damit baldigst eine Uebersicht der Mischstände erlangt wird und Veranlassung genommen werden kann, wirksame Abhilfe herbeizuführen.

G. Schneider, Auguststr. 37 Hof part.

Die Möbelpoliererei D. Seeger u. Co., Berlin, Mitterstraße 54, läßt uns mittheilen, daß nicht, wie es in Nr. 218 des „Vorwärts“ von der Verhättnis-Kontrollkommission des Fachvereins der Tischler bekannt gemacht wird, sämtliche Gehilfen außer einem wegen Lohnunterschieden die Arbeit niederlegten, sondern daß die betreffenden Arbeiter während eines Zeitraums von drei Wochen nach und nach entlassen worden seien; der Inhalt jener Bekanntmachung beruhe also „auf Unwahrheit“.

Die Hirsch-Dunder'schen Gewerkvereine beschäftigen sich auch mit Arbeiterstatistik. Die „Sozialkorrespondenz“ theilt aus der letzten statistischen Aufnahme einiges mit, das über die Porträtabnähigkeit dieser Hirsch-Dunder'schen Photographie der wirtschaftlichen Verhältnisse erhebliche Zweifel erregen muß. Zum Beispiel sollen erwachsene männliche Arbeiter der Maschinenbau- und Metallbranche in Sprottau einen durchschnittlichen Wochenlohn von 6 M., in Königsbrunn dagegen 45 M. erhalten; im Allord sollen sie in Sprottau 6 M., in Mülheim a. Ruhr 48 M. verdienen. Die Tischler sollen in Allenstein (Westpreußen) 2 M. 25 Pf. neben Kost und Schlafstätte, in den Vororten Berlins 20-24 M. Verdienst haben.

Es liegt auf der Hand, daß der wöchentliche Durchschnittslohn in Königsbrunn, Mülheim a. Ruhr, Allenstein und den Vororten Berlins auch nicht entfernt so hoch sein kann, wie ihn die Hirsch-Dunder'sche Statistik angiebt. Ganz richtig heißt es deshalb in der „Soz.-Korr.“: „Nur die Angabe von genau kontrollirten Jahreslöhnen ist geeignet, zur Ermittlung der Wahrheit in der Lohnfrage zu führen, sobald auch die Arbeitszeit und die Qualität des Arbeiters mit ermittelt ist.“ Daß diese negative Werthschätzung jener Statistik zutreffend, wird in dieser selbst durch die freiwilligen Angaben einzelner Arbeiter bewiesen, von denen die „Soz.-Korr.“ berichtet: „Ziemlich alle Mittheilungen sind voll von lebhaften Klagen über die große Lebensmitteltheuerung des Jahres 1891 und die hohen Miethpreise. Sehr viele Arbeiter erklären, daß sie nur durch angestrengte Arbeit der Familienmitglieder, durch größte Sparsamkeit oder durch Schuldenmachen den Haushalt erhalten konnten. Da die Mitglieder der deutschen Gewerkvereine keine grundsätzliche Opposition gegen alles Bestehende treiben, so verdienen ihre Beschwerden und Wünsche die erste Beachtung der Arbeitgeber, Fabrikinspektoren, Volkswirthe und Volksvertreter.“

Von den Angaben der Hirsch-Dunder'schen Statistik besagen also die glaubwürdigsten genau das, was die Sozialdemokratie schon längst feststellte. Es muß deshalb nicht geringe Heiterkeit erregen, wenn die Herausgeber der „Sozialkorrespondenz“, die „Volkswirtschaftler“ Dr. Victor Böhmert und Dr. Karl von Wangoldt in Dresden, den Angaben der Hirsch-Dunder'schen mehr Werth beigemessen haben wollen, als jenen der Sozialdemokraten, weil die Hirsch-Dunder'schen „keine grundsätzliche Opposition gegen alles Bestehende treiben“. Die Hirsch-Dunder'schen statistischen Angaben stellen sich ja, wie Figura zeigt, sofort als unzutreffend heraus, sobald sie von der sozialdemokratischen Ermittlung abweichen, und die „Sozialkorrespondenz“ sagt uns Ueberschluß selbst, daß auch die neueste, gegen früher also sicherlich viel bessere Statistik der „Gewerkvereine“ den Anforderungen der wissenschaftlichen Statistik noch nicht genügt.

Bild aus der Gegenwart. Aus Soldin wird uns geschrieben: Der bei dem hiesigen Gerbermeister Ritter seit 18 Jahren in Arbeit gewesene Arbeiter Hellmuth machte seinem Leben durch Ertränken ein Ende, weil es ihm bei einem Wochenlohn von 9 M., wofür er von Morgens 5 bis Abends 8 Uhr sowohl Sommer wie Winter arbeiten mußte, wozu sich noch Sonntagsarbeit gesellte, nicht möglich war, sich mit Frau und vier Kindern zu ernähren. Die Nahrung der Familie bestand schon seit Weihnachten in trockenem Brot, Kaffee und Kar-

loffeln. Würde der reiche Herr Gerbermeister, der in seinen Ruhestunden noch Kirchenraths-Mitglied, Stadtverordneter und Magistratsmitglied ist, dem Arbeiter nur 15 M. pro Woche Lohn gegeben haben, so würde der Familie der Ernährer, Gatte und Vater erhalten geblieben sein, Staat und Kommune hätten einen steuerzahlenden Bürger mehr, während jetzt die unglücklichen Hinterbliebenen der Armenkommission zur Last fallen.

Einem beachtenswerthen Beitrag zur sozialen Frage, schreibt man der „Neckar-Zig.“ aus Karlsruhe, liefert die amtliche Statistik über die Krankheits- und Sterblichkeitszustände im Großherzogthum Baden in den Erläuterungen zu der Zunahme der Kindersterblichkeit in den großen Städten. Diese Vermehrung der Kindersterblichkeit, wird an der betreffenden Stelle ausgeführt, hängt viel mehr mit sozialen Zuständen als mit Mitterungsverhältnissen oder hygienischen Mischständen zusammen. Die Wichtigkeit der Verheirathung vermehrt stets die Zahl der Geburten in den niederen Volksklassen; die Pflegeeltern zahlreicher Kinder wird durch die Arbeitsart und die Lebensweise der betroffenen Eltern häufig sehr erschwert, bei dem hohen Preis der Lebensmittel ist die Nahrung häufig minderwerthig. Die Erfahrungen mehren sich, die dafür sprechen, daß vorzugswiese die Beschaffenheit, Ueberfüllung und Behandlung der Wohnungen die Ausbreitung der Krankheiten begünstigen und befördern, wie dies namentlich bei der Diphtherie beobachtet wurde. Je schlechter die Lüftung, je überfüllter die Wohnräume, je mangelhafter die Reinigung der letzteren, um so mehr findet der Ansteckungsstoff Gelegenheit, sich festzusetzen und fortzumauern. Vorzugswiese gilt dies auch von den Schul- und Fabriklokalen. Die Wichtigkeit und Bedeutung der Bauhygiene und zweckmäßiger Wohnungsweise wird durch diese schwere Schädigung von Leben und Gesundheit der gesammten Bevölkerung deutlich und unabweisbar vor Augen geführt und ist zu hoffen, daß die bringende Verbesserung dieser Zustände nach Kräften erstrebt wird.

Die Mannheimer „Volkstimme“ bemerkt dazu treffend: „Was in der amtlichen Statistik für das Großherzogthum Baden festgestellt wurde, das hat die Sozialdemokratie schon vor Jahrzehnten erkannt, und wenn sie nicht energisch auf eine Besserung hingearbeitet hätte, so wären die Verhältnisse wahrscheinlich noch viel trauriger, als sie es ohnehin sind.“ Der Klassenstaat ist natürlich nicht im Stande, eine gründliche und dauernde Besserung herbeizuführen, dies bleibt der sozialistischen Gesellschaft vorbehalten.

Ist ein Soldat als ein versicherungspflichtiger Arbeiter zu betrachten? Mit dieser Frage beschäftigt sich unser Landvolkes Bruderorgan, der „Volkswille“. Er ist der Meinung, daß der zur Arbeit bei Privatunternehmern „beurlaubte“ Soldat nicht versicherungspflichtig sei, da er nicht in ein regelrechtes Arbeitsverhältniß, für welches die Bestimmungen der Gewerbeordnung maßgebend seien, trete. Der „Volkswille“ befindet sich hier in einem Irrthum. Für die Versicherungspflicht bei der Alters- und Invaliditätsversicherung mag eine vorübergehende Dienstleistung die Versicherungspflicht nicht begründen, wohl aber für die Unfallversicherung, um welche sich die Ausführungen des „Volkswille“ hauptsächlich drehen. Der § 4 Absatz 1 des Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1888 bestimmt zwar:

Personen des Soldatenstandes sind von der Versicherung ausgeschlossen. Diese Bestimmung bezieht sich jedoch nur auf solche Personen, welche dienstlich als Arbeiter beschäftigt werden. Beurlaubte Soldaten, welche z. B. bei Erntearbeiten zur Aushilfe eintraten, erscheinen dagegen als im landwirthschaftlichen Betriebe beschäftigte und trotz ihrer Soldateneigenschaft als zu versichernde Personen. Dies ist durch Plenarbeschlüsse des Reichs-Versicherungsamtes vom 19. März und vom 14. Mai 1890 festgestellt. (Siehe das von Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamtes herausgegebene sehr empfehlenswerthe „Handbuch der Unfallversicherung“ Seite 434.)

Ein „regelrechtes“ Arbeitsverhältniß ist überhaupt nicht Voraussetzung der Unfallversicherung; die thatsächliche Beschäftigung in einem der Versicherungspflicht unterworfenen Betriebe begründet schon von selbst die Unfallversicherung des Arbeiters.

Eine Verfügung des Reichs-Versicherungsamtes vom 12.8. 1890 I 19175 besagt: Personen des Soldatenstandes sind von den allgemeinen reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Unfallversicherung nur soweit ausgeschlossen, als dieselben dienstlich beschäftigt sind. Soldaten aber, die außerhalb ihres militärischen Dienstverhältnisses in versicherungspflichtigen Betrieben thätig werden, z. B. zu Erntearbeiten beurlaubt sind, sind als freie Arbeiter und deshalb versicherungspflichtig zu betrachten. Ebenso (nach einer Rekursentscheidung des Reichs-Versicherungsamtes 1012 in den amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes 1891, S. 237) Soldaten, welche während ihrer Militärdienstzeit beurlaubt sind, um — freiwillig — bei Kaiserbauern thätig zu sein, die für Rechnung eines Bauernbetriebes ausgeführt werden und bei denen sie von diesem ihren Lohn beziehen. (Siehe „Handbuch der Unfallversicherung“ Seite 18.)

Dampfkessel-Explosionen im Deutschen Reich. Während im Durchschnitt der fünfzehn Jahre 1877 bis 1891 jährlich 15,5 Kessel explodirten, sind nach dem dritten Heft der vierteljährlichen Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes im Jahre 1891 nur 10 Kesselexplosionen gezählt worden, trotzdem die Vermeidung der Dampfkraft von Jahr zu Jahr sich steigert. Es verunglückten bei den 10 Explosionen 10 Personen, von denen 3 schwer und 7 leicht verwundet wurden; im Durchschnitt der 15 Jahre 1877 bis 1891 verunglückten dagegen jährlich 39,1 Personen. Insgesamt betrug in den letzten fünfzehn Jahren die Zahl der Explosionen 280, die der dabei Verunglückten 587, von denen 194 getödtet, 109 schwer und 284 leicht verwundet wurden. Aus einer für die Jahre 1877 bis 1891 nach den nachvollziehbaren Ursachen der Explosionen geordneten Zusammenstellung geht hervor, daß in 71 Fällen Wassermangel, in 61 Fällen britische Blechschwächung, in 33 Fällen mangelhafte Konstruktion, in 23 Fällen zu hohe Dampfspannung, in 10 Fällen schlechtes oder abgenutztes Material, in 10 Fällen Kesselstein, in 7 Fällen mangelhafte Wartung und in einem Fall Gasexplosion die nachvollziehbare Ursache der Kesselexplosion war. In 2 Fällen handelte es sich um sekundäre Explosionen und in einem Fall war die Ursache nicht ermittelt.

Durch Verbesserung der Technik und strenge Durchführung von Schutzmaßnahmen läßt sich die Unfallgefahr ganz bedeutend herabmindern. Das dürfte aus der Verringerung der Dampfkessel-Explosionen zu folgern sein.

Verfammlungen.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter nahmen am 10. September in einer öffentlichen Versammlung Stellung zu den Gewerbergerichtswahlen. Das einleitende Referat hielt Genosse H. Rörken. Als Kandidaten wurden die Herren Müdiger,

Kröhn und Sparfeld ausgefüllt und folgende Resolution dann angenommen: "In Erwägung, daß bei den Gewerbe...

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Wähler Reichstags-Wahlkreis hörte in seiner am 19. d. M. abgehaltenen Versammlung einen Vortrag des Genossen Alwin...

Die Versammlung ist mit dem Genossen Gerich der Meinung, daß die furchtbaren Verbrechen, welche durch die Cholera...

Der Vorsitzende forderte nachdem auf, die Abrechnungen von der Kassafestei möglichst zu beschleunigen. Die Veranstaltung einer Agitationstour und Beschaffung des nötigen Materials...

Eine öffentliche Versammlung der in den Fabrikbetrieben der Pferdebaubau- und Omnibusgesellschaften beschäftigten Arbeiter, Kutscher, sowie Konduktoren...

erwähnten Fabrikbetriebe es sind, die Beschränkung der Freiheit der Angestellten auf die Spitze getrieben sei und sich hier die Rücksichtslosigkeit des Kapitals am meisten zeige...

In einer öffentlichen Versammlung der Müßelpolier referierte am 12. September Genosse Wölkel über Gewerbe...

3. Ziehung der 3. Klasse 187. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers for the 3rd class of the 187th Prussian lottery. Includes sub-headers for 'Ziehung am 14. September 1892, Vormittag' and 'Ziehung am 14. September 1892, Nachmittag'.

auf den § 13 des Entwurfs aufmerksam, nach welchem jeder Wähler, um sein Wahlrecht ausüben zu können, sich vorher entweder durch eine Legitimation seines Arbeitgebers...

Eine große öffentliche Versammlung der Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter war zum Sonntag nach den Konfordia-Sälen in der Andreasstraße einberufen worden...

3. Ziehung der 3. Klasse 187. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers for the 3rd class of the 187th Prussian lottery. Includes sub-headers for 'Ziehung am 14. September 1892, Vormittag' and 'Ziehung am 14. September 1892, Nachmittag'.

3. Ziehung der 3. Klasse 187. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers for the 3rd class of the 187th Prussian lottery. Includes sub-headers for 'Ziehung am 14. September 1892, Vormittag' and 'Ziehung am 14. September 1892, Nachmittag'.

3. Ziehung der 3. Klasse 187. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers for the 3rd class of the 187th Prussian lottery. Includes sub-headers for 'Ziehung am 14. September 1892, Vormittag' and 'Ziehung am 14. September 1892, Nachmittag'.